Stenographischer Bericht

18. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VI. Periode — 3. Dezember 1966

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt ist Abg. Karl Lackner.

Gedenkminute:

Gedenken an den verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Rainer (493).

Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 259, der Abgeordneten Schrammel, Koller, Buchberger, Prenner und Lafer, betreffend die Berücksichtigung erleichternder Bestimmungen bezüglich Höchstwohnraumfläche für den landwirtschaftlichen Wohnungsbau beim neuen Gesetz über die Wohnbauförderung (494);

Antrag, Einl.-Zahl 260, der Abgeordneten Burger, Buchberger, Lind und Nigl über eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Autobuslenker;

Antrag, Einl.-Zahl 261, der Abgeordneten Burger, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend die Renovierung des 1 km langen Straßenstückes vom Bahnhof zum Landeskrankenhaus Leoben (Zeltschlagstraße);

Antrag, Einl.-Zahl 262, der Abgeordneten Jamnegg, Prof. Dr. Moser, Egger, Dipl.-Ing. Fuchs und Koller, betreffend Schaffung eines Landesgesetzes für Badeaufsichtsorgane;

Antrag, Einl.-Zahl 263, der Abgeordneten Ing. Koch, Dr. Heidinger, Trummer und Dipl.-Ing. Fuchs, betreffend Errichtung eines internationalen Grenzüberganges am Radlpaß;

Antrag, Einl.-Zahl 264, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Ing. Koch und Trummer, betreffend die Beseitigung der Gefahrenzonen beiderseits des mittleren und unteren Murlaufes;

Antrag, Einl.-Zahl 265, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Burger, Dipl.-Ing. Fuchs, Ing. Koch, Koller, Lafer, Pözl, Schrammel und Trummer, betreffend Steuerfreistellung von Zuschüssen der öffentlichen Hand zur Schaffung von Arbeitsplätzen;

Antrag, Einl.-Zahl 266, der Abgeordneten Lafer, Koller, Buchberger und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Übernahme des Gemeindegeweges Aigen-Frutten in das Landesstraßennetz;

Antrag, Einl.-Zahl 267 der Abgeordneten Schön, Fellinger, Pichler, Hofbauer und Genossen, betreffend Verbesserung der Bahnverbindungen über den Präbichl;

Antrag, Einl.-Zahl 268, der Abgeordneten Ileschitz, Loidl, Groß, Zagler, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Förderung von Industrie Gründungen durch das Land;

Antrag, Einl.-Zahl 269, der Abgeordneten Zagler, Vinzenz Lackner, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend Erstellung eines Energieplanes;

Antrag, Einl.-Zahl 270, der Abgeordneten Fellinger, Lendl, Brandl, Hofbauer und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung durch die Eisenbundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben;

Antrag, Einl.-Zahl 271, der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen;

Antrag, Einl.-Zahl 272 der Abgeordneten Gruber, Sebastian, Brandl, Lendl und Genossen, betreffend Errichtung eines Bundesrealgymnasiums in Kapfenberg;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 273, über den Gnadenantrag des Oberkontrollors Benjamin Oberegger-Kniendl um Erlassung einer Disziplinarstrafe;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 274, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1966;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Landesumlage;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landesabgabenordnung neuerlich abgeändert wird;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1967;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278, über den Landesvoranschlag 1967, den Dienstpostenplan und Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan (495);

Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (495).

Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahl 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271 und 272 der Landesregierung (495);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 273, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß;

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 274 und 278 sowie Beilagen Nr. 30 und 32 dem Finanz-Ausschuß;

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und dem Finanzausschuß (495).

Mitteilungen:

Mitteilung über die Zurückziehung der Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 104 (495).

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Prof. Dr. Moser und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Fachinspektion für den Hauswirtschaftsunterricht an Pflichtschulen in der Steiermark (495);

Antrag der Abgeordneten Schaffer, Maunz, Pabst und Ritzinger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Bischofffeld-Steinmühle, Parzellen 1092, 1053, 1054 und 1056, KG Graden als Landesstraße unter gleichzeitiger Rückgabe der Landesstraße (Teilstück) Nr. 241, Parz. 1018 und 1026, KG. Graden als Gemeindestraße;

Antrag der Abgeordneten Schaffer, Maunz, Pabst und Ritzinger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Dorf Pusterwald-Expositurvolksschule Hinterwinkel als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Koller, Schrammel, Lafer und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße, die von der Landesstraße Rohrbach-Wenigzell, abzweigend im Ortsgebiet Bruck a. d. Lafnitz durch die Gemeinden Mönichwald und St. Lorenzen a. W. über Demmeldorf zur Festenburg führt, als Landesstraße;

Antrag der Abgeordneten Pichler, Vinzenz Lackner, Schön, Brandl und Genossen, betref-

find eheste Beseitigung der durch die Unwetter im November entstandenen Schäden;

Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen;

Antrag der Abgeordneten Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Hartwig und Genossen, betreffend Unterbringung der „Pädagogischen Akademie“;

Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellingner, Hartwig, Groß und Genossen, betreffend Aufnahme des Medikamentes „Preludin“ in die Suchtgiftverordnung;

Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Klobasa, Heidinger, Zinkanell und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Plenzengreith — Stockheim (Kreuzwirt) — bis zum Ort Radegund (495).

Verhandlungen:

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 39, zum Antrag der Abgeordneten Jammegg, Nigl, Burger und Lind, betreffend die Schaffung familiengerechter Wohnungen und zum Landtagsbeschluß Nr. 86 vom 16. Dezember 1965 über eine Qualitätsverbesserung im Wohnungsbau.

Berichterstatter: Abg. Johanna Jammegg (502).

Annahme des Antrages (503).

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 42, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Gruber, Ileschitz, Zagler und Genossen über eine Sonderaktion zur rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Johanna Fellingner (503).

Annahme des Antrages (503).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 107, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Psonder, Lendl, Ileschitz und Genossen über die Einstufung der an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern.

Berichterstatter: Abg. Hans Groß (503).

Annahme des Antrages (504).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 250, über den Ankauf eines Grundstückes für das Österreichische Freilichtmuseum.

Berichterstatter: Abg. Josef Hegenbarth (504).

Annahme des Antrages (505).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 254, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für Darlehen an Förderungswerber, die eine Förderung aus dem Landeswohnbauförderungsfonds erhalten.

Berichterstatter: Abg. Edda Egger (505).

Annahme des Antrages (505).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 255, über die Gebahrung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark im Jahre 1965.

Berichterstatter: Abg. Franz Feldgrill (505).

Annahme des Antrages (506).

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 256, über die Erhöhung des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof.

Berichterstatter: Abg. Hermann Ritzinger (506).

Redner: Landesrat Bammer (506), Landeshauptmann Krainer (508).

Annahme des Antrages (509).

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257, über die Zuerkennung von außerordentlichen Versorgungsgewinnen an die Waisen nach Kanzleioffizial Ingeborg Heiling.

Berichterstatter: Abg. Siegmund Burger (509).

Annahme des Antrages (509).

9. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 33, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Pabst und Dr. Pittermann, betreffend Unwetter- und Hochwasserschäden.

Berichterstatter: Abg. Alois Lafer (510).

Annahme des Antrages (510).

10. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 166, zum Antrag der Abgeordneten Pabst, Karl Lackner, Lafer und Buchberger, betreffend Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche.

Berichterstatter: Abg. Johann Pabst (511).

Annahme des Antrages (511).

11. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 219, zum Beschluß Nr. 75 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1965 über den Ausbau von Landesberufsschulen.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs (511).

Annahme des Antrages (511).

12. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 169, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pözl, Dipl.-Ing. Schaller und Koller, betreffend die Errichtung eines Bundesrealgymnasiums im Bereiche der Elin-Stadt Weiz.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller (511).

Annahme des Antrages (512).

13. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 46, zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Groß, Lendl und Genossen über die Abänderung der Aufnahmebestimmungen für die Schülerheime des Landes Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Gerhard Heidinger (512).

Annahme des Antrages (512).

14. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahlen 111 und zu 143, zu den Anträgen der Abgeordneten Zagler, Dr. Klausner, Ileschitz, Zinkanell und Genossen und der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Wuganigg, Meisl und Genossen, betreffend die Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Weststeiermark bzw. von Betriebsgründungen in der Oststeiermark.

Berichterstatter: Abg. Ileschitz (512).

Annahme des Antrages (513).

15. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 258, über den Ausbau des Bahnhofes Leoben.

Berichterstatter: Abg. Willibald Schön (513).

Annahme des Antrages (514).

16. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 217, des Abg. Anton Zagler gemäß § 22 der Landesverfassung.

Berichterstatter: Abg. Gerhard Heidinger (514).
Annahme des Antrages (514).

17. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232, betreffend zeitgerechte Fertigstellung der Stenographischen Berichte.

Berichterstatter: Abg. Johann Fellingner (514).
Annahme des Antrages (514).

18. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 41, zum Antrag der Abgeordneten Schläger, Fellingner, Dr. Klausner, Brandl und Genossen betreffend die Koordinierung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Landes und des Bundes.

Berichterstatter: Abg. Johann Fellingner (515).
Annahme des Antrages (515).

19. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 251, über die Erhebung der im politischen Bezirk Graz-Umgebung gelegenen Gemeinde Hitzendorf zum Markt.

Berichterstatter: Abg. Franz Feldgrill (515).
Annahme des Antrages (516).

20. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 252, über den Gnadenantrag des W. Amstrates Otto Simml um Erlassung einer Disziplinarstrafe.

Berichterstatter: Abg. Anton Nigl (516).
Annahme des Antrages (516).

Beginn der Sitzung: 9.20 Uhr.

Präsident Dr. Kaan: Hoher Landtag! Ich eröffne die 18. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VI. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt ist Abg. Karl Lackner.

Meine Damen und Herren! Wieder habe ich die traurige Pflicht, eines verstorbenen Mitgliedes unseres Hauses zu gedenken. Mit tiefster Erschütterung habe ich am Morgen des 28. November die Nachricht erhalten, daß Abg. Dr. Alfred Rainer, Oberregierungsrat der Steiermärkischen Landesregierung, in der vorhergegangenen Nacht verschieden ist. Es war zwar bekannt, daß Abg. Dr. Rainer schwer leidend war, doch niemand ahnte, daß sein Zustand so ernst war.

Der Verstorbene war seit März 1953 Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag. Er war Mitglied bzw. Ersatzmann im Finanz-Ausschuß, Fürsorge-Ausschuß, Volksbildungs-Ausschuß und Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuss. Seit April 1953 war er Mitglied und Obmann des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.

Der Verstorbene hat u. a. zu zahllosen Gesetzesvorlagen in den Ausschüssen, besonders im Gemeinde- und Verfassungsausschuß, fruchtbare Anträge gestellt, um dann als Berichterstatter die Beschlüsse dieser Ausschüsse mit entsprechender Begründung im Hause zu vertreten. Als Sprecher im Hause konnte er nie überhört werden. Seine klare und offene Sprache hat Freund und Gegner stets zu beeindrucken gewußt. Nun ist er mitten

aus seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er zum Wohle unseres Landes ausübte, von dieser Welt abberufen worden. Der Steiermärkische Landtag verliert mit ihm ein wertvolles Mitglied und wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie durch das Erheben von Ihren Sitzen Ihre Anteilnahme zum Ausdruck gebracht haben.

Meine Damen und Herren! In dieser Sitzung wird unter anderem der Landesvoranschlag für das Jahr 1967 eingebracht, zu dem Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek die einleitenden Worte sprechen wird.

Von den Landtags-Ausschüssen wurden folgende Geschäftsstücke erledigt, die wir auf die heutige Tagesordnung setzen können:

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 39, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Burger und Lind, betreffend die Schaffung familiengerechter Wohnungen und zum Landtagsbeschuß Nr. 86 vom 16. Dezember 1965 über eine Qualitätsverbesserung im Wohnungsbau;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 42, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Gruber, Ileschitz, Zagler und Genossen, über eine Sonderaktion zur rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 107, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Psonder, Lendl, Ileschitz und Genossen, über die Einstufung der an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 250, über den Ankauf eines Grundstückes für das Österreichische Freilichtmuseum;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 254, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für Darlehen an Förderungswerber, die eine Förderung aus dem Landeswohnbauförderungsfonds erhalten;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 255, über die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark im Jahre 1965;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 256, über die Erhöhung des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257, über die Zuerkennung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an die Waisen nach Kanzleioffizial Ingeborg Heiling;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 33, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Pabst und Dr. Pittermann, betreffend Unwetter- und Hochwasserschäden;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 166, zum Antrag der Abgeordneten Pabst, Karl Lackner, Lafer und Buchberger, betreffend Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 219, zum Beschluß Nr. 75 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1965 über den Ausbau von Landesberufsschulen;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 169, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pözl, Dipl.-Ing. Schaller und Koller, betreffend die Errichtung eines Bundesrealgymnasiums im Bereiche der Elin-Stadt Weiz;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 46, zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Groß, Lendl und Genossen, über die Abänderung der Aufnahmebestimmungen für die Schülerheime des Landes Steiermark;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahlen 111 und zu 143, zu den Anträgen der Abgeordneten Zagler, Dr. Klauser, Ileschitz, Zinkanell und Genossen, und der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Wuganigg, Meisl und Genossen, betreffend die Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Weststeiermark und von Betriebsgründungen in der Oststeiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 258, über den Ausbau des Bahnhofes Leoben;

die Anzeige, Einl.-Zahl 217, des Abg. Anton Zagler gemäß § 22 der Landesverfassung;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232, betreffend zeitgerechte Fertigstellung der Stenographischen Berichte;

die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 41, zum Antrag der Abgeordneten Schlager, Fellingner, Dr. Klauser, Brandl und Genossen, betreffend die Koordinierung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Landes und des Bundes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 251, über die Erhebung der im politischen Bezirk Graz-Umgebung gelegenen Gemeinde Hitzendorf zum Markt;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 252, über den Gnadenantrag des W. Amtsrates Otto Simml um Erlassung einer Disziplinarstrafe.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Es liegen heute folgende Geschäftsstücke auf, die ich dem jeweils von mir erwähnten Ausschuß bzw. der Landesregierung zuweise:

der Antrag, Einl.-Zahl 259, der Abgeordneten Schrammel, Koller, Buchberger, Prenner und La-

fer, betreffend die Berücksichtigung erleichternder Bestimmungen bezüglich Höchstwohnraumfläche für den landwirtschaftlichen Wohnungsbau beim neuen Gesetz über die Wohnbauförderung;

der Antrag, Einl.-Zahl 260, der Abgeordneten Burger, Buchberger, Lind und Nigl über eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Autobuslenker;

der Antrag, Einl.-Zahl 261, der Abgeordneten Burger, Maunz, Pabst und Schaffer, betreffend die Renovierung des 1 km langen Straßenstückes vom Bahnhof zum Landeskrankenhaus Leoben (Zeltschlagstraße);

der Antrag, Einl.-Zahl 262, der Abgeordneten Jamnegg, Prof. Dr. Moser, Egger, Dipl.-Ing. Fuchs und Koller, betreffend Schaffung eines Landesgesetzes für Badeaufsichtsorgane;

der Antrag, Einl.-Zahl 263, der Abgeordneten Ing. Koch, Dr. Heidinger, Trummer und Dipl.-Ing. Fuchs, betreffend Errichtung eines internationalen Grenzüberganges am Radpaß;

der Antrag, Einl.-Zahl 264, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Feldgrill, Ing. Koch und Trummer, betreffend die Beseitigung der Gefahrenzonen beiderseits des mittleren und unteren Murlaufes;

der Antrag, Einl.-Zahl 265, der Abgeordneten Dr. Heidinger, Burger, Dipl.-Ing. Fuchs, Ing. Koch, Koller, Lafer, Pözl, Schrammel und Trummer, betreffend Steuerfreistellung von Zuschüssen der öffentlichen Hand zur Schaffung von Arbeitsplätzen;

der Antrag, Einl.-Zahl 266, der Abgeordneten Lafer, Koller, Buchberger und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend Übernahme des Gemeindeweges Aigen-Frutten in das Landesstraßennetz;

der Antrag, Einl.-Zahl 267, der Abgeordneten Schön, Fellingner, Pichler, Hofbauer und Genossen, betreffend Verbesserung der Bahnverbindungen über den Präbichl;

der Antrag, Einl.-Zahl 268, der Abgeordneten Ileschitz, Loidl, Groß, Zagler, Vinzenz Lackner und Genossen, betreffend Förderung von Industrie Gründungen durch das Land;

der Antrag, Einl.-Zahl 269, der Abgeordneten Zagler, Vinzenz Lackner, Ileschitz, Loidl und Genossen, betreffend Erstellung eines Energieplanes;

der Antrag, Einl.-Zahl 270, der Abgeordneten Fellingner, Lendl, Brandl, Hofbauer und Genossen, betreffend den Bau einer Unterführung durch die Eisenbundesstraße bei der Bahnübersetzung beim Landeskrankenhaus Leoben;

der Antrag, Einl.-Zahl 271, der Abgeordneten Sebastian, Hofbauer, Brandl, Pichler und Genossen, betreffend Errichtung einer Handelsakademie in Liezen;

der Antrag, Einl.-Zahl 272, der Abgeordneten Gruber, Sebastian, Brandl, Lendl und Genossen, betreffend Errichtung eines Bundesrealgymnasiums in Kapfenberg;

die bisher erwähnten Anträge weise ich der Landesregierung zu;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 273, über den Gnadenantrag des Oberkontrollors Benjamin Oberegger-Kniendl um Erlassung einer Disziplinarstrafe;

diese Regierungsvorlage weise ich dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß zu;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 274, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1966;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Landesumlage;

diese Regierungsvorlagen weise ich dem Finanz-Ausschuß zu;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 31, Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landesabgabenordnung neuerlich abgeändert wird;

diese Regierungsvorlage weise ich dem Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß und dem Finanz-Ausschuß zu;

die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1967;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 278, über den Landesvoranschlag 1967, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan;

die beiden letztgenannten Regierungsvorlagen weise ich dem Finanz-Ausschuß zu.

Aus technischen Gründen konnte das Ergänzungsheft zur Anlage 1, beinhaltend die Einführung, statistische Aufgliederung und Nachweise zum Landesvoranschlag, noch nicht aufgelegt werden. Diese Unterlage wird in der nächsten Woche den Klubs direkt zugemittelt.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 104, zum Antrag der Abgeordneten Schrammel, Koller, Lafer, Pabst, Buchberger, Prenner und Neumann, betreffend die Schaffung der personellen, technischen und finanziellen Voraussetzungen zur Grundzusammenlegung, von der Landesregierung zurückgezogen wurde. Diese Vorlage ist daher gegenstandslos geworden.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

der Antrag der Abgeordneten Egger, Jamnegg, Prof. Dr. Moser und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend

Fachinspektion für den Hauswirtschaftsunterricht an Pflichtschulen in der Steiermark;

der Antrag der Abgeordneten Schaffer, Maunz, Pabst und Ritzinger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Bischofffeld—Steinmühle, Parzellen 1029, 1053, 1054 und 1056, KG. Graden als Landesstraße unter gleichzeitiger Rückgabe der Landesstraße (Teilstück) Nr. 241, Parzelle 1018 und 1026, KG. Graden als Gemeindestraße;

der Antrag der Abgeordneten Schaffer, Maunz, Pabst und Ritzinger, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Dorf Pusterwald—Expositurvolksschule Hinterwinkel als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Lind, Prenner, Koller, Schrammel, Lafer und Dipl.-Ing. Schaller, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße, die von der Landesstraße Rohrbach—Wenigzell, abzweigend im Ortsgebiet Bruck a. d. Lafnitz durch die Gemeinden Mönichwald und St. Lorenzen a. W. über Demmeldorf zur Festenburg führt, als Landesstraße;

der Antrag der Abgeordneten Pichler, Vinzenz Lackner, Schön, Brandl und Genossen, betreffend eheste Beseitigung der durch die Unwetter im November entstandenen Schäden;

der Antrag der Abgeordneten Aichholzer, Pichler, Zinkanell, Groß und Genossen, betreffend die Vermeidung von Unfällen durch Schwerfahrzeuge und Großtankwagen;

der Antrag der Abgeordneten Hartwig, Lendl, Vinzenz Lackner, Aichholzer und Genossen, betreffend Sicherung der Fußgeher, insbesondere der Schulkinder im Straßenverkehr;

der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Afritsch, Heidinger, Hartwig und Genossen, betreffend Unterbringung der „Pädagogischen Akademie“;

der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Fellingner, Hartwig, Groß und Genossen, betreffend Aufnahme des Medikamentes „Preludin“ in die Suchtgiftverordnung;

der Antrag der Abgeordneten Wuganigg, Klobasa, Heidinger, Zinkanell und Genossen, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Plenzengreith—Stockheim (Kreuzwirt) bis zum Ort Rade Gund.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Ich erteile nun dem Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort zur Einbegleitung des Landesvoranschlages für das Jahr 1967.

Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus! Der Entwurf für das Budget des Jahres 1967, den ich Ihnen heute namens der Landesregierung unterbreite und den ich

als Landesfinanzreferent vor Ihnen, meine Damen und Herren, und vor der steirischen Bevölkerung zu vertreten habe, ist naturgemäß in Tausenden von Einzelsätzen gegenüber dem Budget des heurigen Jahres verändert.

Alle diese Veränderungen sind entweder das Ergebnis der eingetretenen und daher zu berücksichtigenden Entwicklung oder aber sie sind die Folge einer gezielten, von gegebener Notwendigkeit und beabsichtigter Wirkung diktierten Überlegung, wobei diesmal die von der eingetretenen Entwicklung bestimmten Veränderungen zwar nach Zahl und Maß, die von gezielter Überlegung ausgehenden Ansätze jedoch an Bedeutung und Gewicht überwiegen.

Das zusammenfassende äußere Merkmal aller dieser Veränderungen liefern die Summen des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes und der sich aus diesen Summen ergebende Gesamtrahmen des Budgets.

Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Landeshaushaltes waren für das heurige Jahr mit 2.233 Millionen Schilling veranschlagt. Der Entwurf für das kommende Jahr sieht im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben von 2.657 Millionen Schilling vor. Das bedeutet eine Steigerung um rund 19 %.

Die Ausgaben des ao. Haushaltes waren für 1966 mit 280 Millionen präliminiert und mit 190 Millionen bedeckt. Der Entwurf für 1967 sieht im ao. Haushalt Ausgaben von 421 Millionen vor, die mit 310 Millionen bedeckt sind. Das bedeutet eine Erhöhung um 46 % bzw. 63 %.

Der Gesamtrahmen des Landeshaushaltes wird somit im Jahre 1967 3 Milliarden und 78 Millionen betragen und daher um 565 Millionen höher sein als der Gesamtrahmen des heurigen Jahres. Die Ausgaben des Landes werden im Jahre 1967 erstmalig die 3-Milliarden-Grenze übersteigen.

Diese gewaltige Ausweitung ist das äußere Kennzeichen des Budgetentwurfes, den ich heute vor Ihnen, meine Damen und Herren, zu vertreten habe und den ich vor der gesamten Öffentlichkeit zu vertreten bereit bin, obgleich ich zugebe, daß eine derartige Steigerung dem einen besorgniserregend und vielleicht sogar bestürzend und dem anderen möglicherweise zwar begrüßenswert, aber doch ein wenig beängstigend erscheinen mag. Ich bin mir durchaus der Tatsache bewußt, daß, wie immer der einzelne Bürger auf diese ungewöhnlich starke Ausweitung reagieren wird, die Öffentlichkeit auf jeden Fall Anlaß haben könnte überrascht zu sein, wenn man bedenkt, daß die Budgetausweitung des in dieser Beziehung durch die hohen Anforderungen immer zu besonderem Mut veranlaßten Bundes nur 11 % beträgt, und daß die Ausweitung bei vielen anderen Gebietskörperschaften noch darunter liegt.

Dieses Bewußtsein zwingt mich zu einer möglichst prägnanten, allerdings angesichts der schwie-

rigen Materie auch ein wenig ausführlicheren Begründung und in deren Gefolge dazu, daß ich mich im Interesse der Vermeidung einer zu langen Einbegleitungsrede diesmal noch weniger auf Einzelheiten einlassen werde als sonst, was mir übrigens um so leichter fällt, als viele Aussagen über die verschiedenen Budgetansätze heute ohnehin schon in den Tageszeitungen stehen.

Der Budgetentwurf für das Jahr 1967 unterscheidet sich von den Haushaltsplänen des Landes in den vergangenen Jahren und vom Budget des heurigen Jahres über alle Einzelheiten und die sich daraus ergebenden Summen hinweg vor allem durch drei grundlegende Tatsachen und Merkmale.

Erstens dadurch, daß das Budget 1967 das erste Budget des auf eine Geltungsdauer von 6 Jahren abgeschlossenen neuen Finanzausgleichs ist;

zweitens dadurch, daß die klar zutage tretenden Strukturschwächen der Wirtschaft unseres Landes einen konzentrierten Einsatz aller verfügbaren Kräfte zur Hebung und Verbesserung der Infrastruktur sowohl als auch der Betriebsstruktur erheischen und unabdingbar erscheinen lassen; und

drittens dadurch, daß die ungünstige und rückläufige Entwicklung des Wachstums und die geschwächte Investitionstätigkeit der Wirtschaft in Verbindung mit einer Reihe anderer Erscheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens einen auf nahezu unabweisbarer Notwendigkeit beruhenden Anlaß geben, in Form von wesentlich verstärkten Investitionen des Landes jenen so oft beredeten und von den Redenden so selten beachteten und ihren wirtschaftlichen Handlungen kaum je zugrunde gelegten, eines Tages aber eben herankommenden und dann dringend gebotenen antizyklischen Stoß zu setzen, auf den sich die Finanz- und Budgetpolitik unseres Landes in den vergangenen Jahren lang und gewissenhaft vorbereitet hat und der uns jetzt angebracht erscheint, ja mehr noch, den wir jetzt nicht nur als wünschenswert, sondern sogar als notwendig erachten.

Bei der näheren Begründung dieser drei Punkte beginne ich mit dem neuen Finanzausgleich als der rechtlich und finanziell zweifellos wichtigsten Grundlage unserer ganzen Finanz- und Budgetpolitik.

Über diesen neuen Finanzausgleich wurde bekanntlich seit etwa drei Jahren verhandelt. Erst am 21. Oktober dieses Jahres kam es zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu jener Einigung, die dem Abschluß der Vorarbeiten für den Budgetentwurf unseres Landes zugrundegelegt werden konnte. Die letzten Textierungsfragen wurden zwischen den Gebietskörperschaften erst am Donnerstag vergangener Woche bereinigt, oder besser gesagt, fast bereinigt.

In fiebrhafter Eile habe ich in den dem 21. Oktober folgenden Tagen und Nächten mit dem Leiter meiner Finanzabteilung, Hofrat Dr. Morokutti, mit den leitenden Herren meines Sekretariates und mit

dem die Budgetarbeiten vorbildlich führenden Rechnungsrat Ramschak, bestens unterstützt von den damit befaßten Beamten und Schreibkräften der Abteilung, den Entwurf so rasch fertiggestellt, daß ich ihn bereits am 7. November in gedruckter Form der Landesregierung einbringen konnte. Die Landesregierung hat sich mit diesem Entwurf in insgesamt 4 Sitzungen, in der Einbringungssitzung und zwei außerordentlichen Regierungssitzungen der vergangenen Woche eingehend beschäftigt und in den ersten Morgenstunden des vergangenen Samstags die Verhandlungen, natürlich mit gewissen Veränderungen, soweit abgeschlossen, daß in der Regierungssitzung am Montag dieser Woche lediglich mehr die Summen festzustellen und der Dienstpostenplan zu beschließen waren.

Der Ihnen, meine Damen und Herren, heute neu gedruckt übergebene Budgetentwurf enthält bereits alle auf den Abänderungsbeschlüssen der Regierung beruhenden und vor allem auch alle durch den neuen Finanzausgleich bedingten endgültigen Ansätze. Die wegen der Druckschwierigkeiten zum Teil noch fehlenden Anlagen werden bis zu den Klubberatungen und jedenfalls noch vor den Verhandlungen des Finanzausschusses nachgereicht werden.

Der somit in diesem Entwurf bereits in seiner ganzen Tragweite für 1967 berücksichtigte neue Finanzausgleich schließt eine ganze Reihe von Veränderungen von nicht zuletzt auch den Budgetumfang aufblähender Wirkung in sich.

Die Länder haben ab 1967 einen 10%igen Beitrag zu den Kosten der Aktivitätsbezüge der Lehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen zu leisten. Das Land Steiermark wird davon im Jahre 1967 mit etwa 45 Millionen belastet. Zum Ausgleich dafür erhalten die Länder einen um 3 % und ab dem Jahre 1970 um 3 1/2 % erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer, das bringt dem Land im kommenden Jahr rund 52 Millionen. Die Umsatzsteuer, die bisher im Verhältnis von 48 : 34 : 18 zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden geteilt war, wird nunmehr im Zusammenhang mit dem gleichzeitig wirksam werdenden Tausch von 10 % Gewerbesteuer der Gemeinden gegen 5 % Umsatzsteuer des Bundes so zwischen den Gebietskörperschaften geteilt, daß der Bund 40 %, die Länder 37 % und die Gemeinden 23 % der Umsatzsteuer erhalten.

Langwierige, mit aller Härte und Unnachgiebigkeit geführte Verhandlungen haben dazu geführt, daß die von den Ländern, im übrigen durchaus nicht begründete Übernahme eines Anteiles der Pflichtschullehrerbezüge den Ländern insofern auf keinen Fall zum Nachteil gereichen wird, als durch eine in das Gesetz eingebaute Schutzklausel der 10 %ige Besoldungsbeitrag für die Pflichtschullehrer nie höher als der 3 bzw. 3 1/2 %ige Umsatzsteueranteil werden kann.

Der dem Bund gegenüber geführte Nachweis, daß Länder und Gemeinden zusammen annähernd gleich viel für den Straßenbau und die Straßenerhaltung ausgeben wie der Bund, selbst unter

Einbeziehung der Autobahnen, und daß der Bund diese Ausgaben fast ausschließlich aus der Mineralölsteuer samt Zuschlägen und aus der Kraftfahrzeugsteuer zu decken vermag, während die Länder und die Gemeinden ihrerseits über fast keine zweckgebundenen Einnahmen für diese unentwegt und progressiv steigende Last verfügen, vermochte nach zähen Verhandlungen endlich einen Durchbruch bei diesen beiden Steuern zu bewirken. Die Mineralölsteuer war bisher im Verhältnis von 26 : 64 : 10 zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden geteilt worden. Sie wird in den drei kommenden Jahren im Verhältnis von 6 : 74 : 20 zwischen den Gebietskörperschaften aufgerechnet, so daß also Länder und Gemeinden um je 10 % mehr erhalten als bisher. Ab dem Jahre 1970 wird der Verteilungsschlüssel nochmals geändert auf 2 : 74 : 24 %. Die Kraftfahrzeugsteuer wird zwar im Jahre 1967 noch gleich verteilt wie bis jetzt, ab 1968 aber stufenweise verändert, so zwar, daß diese Steuer, von der wir jetzt 40 % erhalten, ab dem Jahre 1972 bereits eine reine Landesabgabe ist, die allerdings gegen eine 2%ige Vergütung weiter vom Bund eingehoben werden soll. Diese beiden wirklich entscheidenden Verbesserungen wären freilich viel zu schön, um in dieser einfachen Form überhaupt wahr sein zu können. Wir mußten natürlich auch etwas dafür bezahlen, und das muß ich schon heute vorbeugend auch dem Herrn Landeshauptmann gegenüber zum Ausdruck bringen, wenn er mir etwa in der Budgetdebatte vorzuhalten die Absicht hätte, daß ich ihm nicht den ganzen Mehrbetrag der Mineralölsteuer für die Straßen gelassen habe, obwohl ich das fast, bis auf ganze 2 Millionen, wenngleich aus anderen Gründen, auf die ich später zu sprechen kommen werde, getan und darüber hinaus auch eine auf die gestiegenen Baukosten entfallende Tangente berücksichtigt habe. Die Gegenleistung bestand darin, daß wir den Satz der Landesumlage von 16 auf 15 % senken mußten und daß schließlich, um vor allem auch die Schwierigkeiten des sich aus dem neuen Finanzausgleichsrecht ergebenden interkommunalen Ausgleichs zu überwinden, eine Senkung der Bedarfszuweisungen von bisher 15 % auf 13,5 % der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesausgaben hingenommen werden mußte.

Meine Damen und Herren, der neue Finanzausgleich bringt dem Land Steiermark, wenn man den Beitrag zu den Lehrerbezügen und die damit gekoppelte 3%ige Erhöhung des Umsatzsteueranteiles ausscheidet, im Jahre 1967 Nettomehreinnahmen von 11,5 Millionen; er müßte auf der gleichen Berechnungsbasis in den 6 Jahren seiner Geltung dem Lande insgesamt nahezu 183 Millionen an Mehreinnahmen bringen. Der neue Finanzausgleich bringt den steirischen Gemeinden im Jahre 1967 Mehreinnahmen von insgesamt 21,7 Millionen; er müßte ihnen in den 6 Jahren seiner Geltung insgesamt 168 Millionen an Mehreinnahmen bringen. Das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden zusammen müßten daher in diesen 6 Jahren um etwas mehr als 350 Millionen aus dieser neuen Basis der verbundenen Steuerwirtschaft profitieren.

Diese neue Basis der verbundenen Steuerwirtschaft ist freilich ein Kompromiß, mit allen Licht-

und Schattenseiten eines solchen. Es gibt leider vor allem eine gar nicht kleine Zahl von steirischen Gemeinden, die in ihren Einnahmen relativ zurückfallen, und darunter solche, die auf Grund ihrer Strukturschwäche und ihrer hohen und noch steigenden Verpflichtungen dringendst einer Verbesserung ihrer Einnahmen bedürftig sind. Der Lösung des gewaltigen Problems der Spitalsdefizite konnte leider in keiner Weise beigegeben werden. Der Herr Finanzminister ist der Auffassung, daß diese Frage auf anderer Ebene behandelt werden müßte. Ähnlich unerfreulich ist die Tatsache, daß der neue Finanzausgleich den theatererhaltenden Ländern und Gemeinden keine Verbesserung bringt. Andererseits allerdings ist zu sagen, daß für die mit der neuen Pflichtschulgesetzgebung verbundenen Schulbaulasten Bundesleistungen kommen, die für das Land Steiermark im Jahre 1967 9,1 Millionen ausmachen und später steigen werden. Sie werden zur Gänze an die Gemeinden weitergegeben und sind in unserem Budget wie die Bedarfszuweisungen in Einnahme und Ausgabe gleich hoch veranschlagt.

Über alles Licht und allen Schatten hinweg glaube ich freilich, auch hier vor dem Hohen Haus feststellen zu können und feststellen zu müssen, daß der neue Finanzausgleich immerhin akzeptabel ist und nicht nur das, sondern daß in der Tatsache seiner Paktierung einem Oktroy gegenüber ein nicht hoch genug zu schätzender Vorteil liegt und daß mit seiner Geltungsdauer für 6 Jahre eine klare und bei entsprechender Wirtschaftsentwicklung auch eine einigermaßen sichere Grundlage der Finanz- und Budgetpolitik des Landes und der Gemeinden zustande gekommen ist.

Leider gibt es daneben im Bereich der finanziellen Grundlagen auch noch andere Dinge, die uns Sorgen machen und die uns mittlerweile auf den Kopf gefallen sind oder auf den Kopf zu fallen drohen. Zu ihnen gehört in erster Linie die Frage der Selbstträgerschaft im Beihilfenrecht des Familienlastenausgleichs. Länder und Gemeinden haben bisher die Kinderbeihilfen, die Mutter- und Säuglingsbeihilfen usw. für ihre Bediensteten selbst bezahlt und waren dafür von der 6 % der Brutto-lohnsomme betragenden Abgabe an den Ausgleichsfonds befreit. Für die Anstalten und Wirtschaftsbetriebe der Gebietskörperschaften ist diese Bestimmung bereits aufgehoben worden, für die Hoheitsverwaltung droht die Aufhebung zu kommen. Beides zusammen würde das Land mit etwa 20 Millionen belasten.

Der Schlüssel für die Aufteilung der Wohnbauförderung 1954 hängt gewissermaßen in der Luft. So sehr wir uns freuen, wenn ein neuer Schlüssel mehr Mittel in die Steiermark bringt, so gewiß muß auch bedacht werden, daß ein erhöhter Landesbeitrag zur Verfügung stehen muß, um die Bundesmittel zu lösen. Das könnte eine Landesmehrleistung bis zu 19 Millionen bringen. Ähnliches und gleiches gilt für den Flußbau, für die Wildbachverbauung und für eine ganze Reihe anderer Konkurrenzbauten, die alle erwünscht, dringend notwendig und heiß ersehnt sind, aber nicht ohne

gewaltige Mehrleistungen des Landes abgehen werden.

Alle haben wir schon heute das Gefühl und die Überzeugung, daß Gehalts- und Nebengebührenregulierungen kommen werden und angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung unvermeidbar sind; und von den vielen kleineren, nicht berechenbaren, aber doch unfehlbar immer wieder daher kommenden sonstigen Belastungen während des Jahres will ich gar nicht reden.

Und trotzdem, meine Damen und Herren, habe ich mich entschlossen, der Landesregierung eine weit über die vom neuen Finanzausgleich diktierten Ziffern hinausgehende Budgetausweitung vorzuschlagen, und ich habe schon in den vorangegangenen Regierungsgesprächen und dann bei der Behandlung des konkreten Budgetentwurfes die einmütige Billigung der Landesregierung gefunden, so daß ich nicht nur als Landesfinanzreferent, sondern zugleich auch namens der Landesregierung und auf Grund ihres einstimmigen Beschlusses ermächtigt und imstande bin, dem Hohen Haus heute ein Budget vorzulegen, das neben den Veränderungen aus dem Finanzausgleich und neben der entwicklungsbedingten Erhöhung fast aller Ansätze auch noch jene Impulse oder wenigstens starke Ansätze zu jenen Impulsen in sich trägt, die das steirische Leben und die steirische Wirtschaft in dem vor uns liegenden Jahr notwendig brauchen werden.

Damit komme ich zum zweiten besonderen Wesensmerkmal dieses Budgets.

Unser Land und seine Wirtschaft sind von Strukturschwächen gezeichnet, die immer deutlicher werden und die vor der in unserer Zeit sich anbahnenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung immer drängender und krasser hervortreten. Das liegt in der wirtschaftsgeographischen Lage unseres Landes an sich und mehr noch in der vom Wirtschaftsstrom gänzlich abseitig liegenden Situierung großer und größter Landesteile der Steiermark. Das liegt aber ebenso sehr in einer aus den Bodenschätzen des Landes und aus seinem Waldreichtum her naturgegebenen, in Jahrhunderten gewachsenen Wirtschaftsstruktur, die vor der Entwicklung der heutigen Zeit kaum mehr standzuhalten vermag und eines Tages nicht mehr standhalten würde, wenn nicht alle Anstrengungen zu einer notwendigen Umstrukturierung ehestens angegangen oder wenigstens in die Wege geleitet werden.

Gerade wir Steirer müssen über die Schwierigkeiten, denen die österreichische Wirtschaft an sich gegenübersteht, hinaus wissen und zur Kenntnis nehmen, daß die Bedingungen, die den tragenden Pfeilern unserer Wirtschaft im eigenen Lande gesetzt sind, ungünstiger und zum Teil sogar wesentlich ungünstiger sind als die Bedingungen der Wirtschaft in anderen österreichischen Bundesländern.

Ich habe schon einmal darauf verwiesen, daß etwa die Hälfte unserer Industriebetriebe jenem wirtschaftlichen Bereich zugeordnet werden muß, der nur sehr schwach oder überhaupt nicht wächst

oder sogar rückläufig ist. Das ist seitdem nur noch schlechter geworden. Die Krise des Kohlenbergbaues ist nur die aktuellste und die bedrohlichste Erscheinung dieser Art. Das vom steirischen Erzberg geförderte Erz wird von Erzen aus der ganzen Welt mehr als gefährlich konkurrenziert. Die Schwierigkeiten in der Eisen- und Stahlindustrie, die etwa ein Drittel aller industriellen Arbeitskräfte unseres Landes beschäftigt, sind Ihnen bekannt und durchaus nicht absondern leider zunehmend. Die Holzverarbeitende und in ihrem Rahmen die Papierindustrie stehen vor großen Problemen und großen Sorgen. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft unseres Landes ist größer als im Schnitt der österreichischen Wirtschaft, was angesichts der Bürden, die diese Sparte der Wirtschaft belasten, unsere Schwierigkeiten keineswegs verringert. Und ein kolossales Wirtschaftsgefälle, nicht nur im Vergleich zu anderen Bundesländern, sondern auch zwischen den einzelnen Teilen des Landes selbst vollenden das in dieser Beziehung gegebene Bild, das sich, wie die Entwicklung lehrt, nicht von selbst verbessert, sondern von Jahr zu Jahr bedrohlicher werden müßte, wenn nicht jeder in seinem Rahmen das Möglichste leistet, um dieses Bild zu wandeln.

Die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Bemühen entgegenstellen, sind freilich nicht gering. Schon heute muß uns bewußt sein, daß manches, was wir in dieser Beziehung tun, fehlschlagen wird und daß sogar vieles fehlschlagen kann. Aber, meine Damen und Herren, das darf uns nicht daran hindern, den Schwierigkeiten entgegenzutreten.

Im wesentlichen scheint es mir dabei auf drei Dinge anzukommen:

Zunächst auf eine gründliche, mit allen Methoden der Wissenschaft, der Erhebung, der Prüfung, der Untersuchung, des Vergleiches und unter Anwendung aller sich daraus ergebenden Analysen betriebenen Forschung und Vorbereitung einer sinnvollen und möglichst zielführenden Strukturpolitik. Wir haben dafür allein 4 Millionen im Budget vorgesehen;

dann auf eine intensive Verbesserung der Infrastruktur des Landes. Wir steigern die Ausgaben für den Bau von Landesstraßen von 236 auf 273 Millionen. Wir werden für den Flußbau, für die Wildbachverbauung, für die Wasserleitungs- und Kanalbauten im kommenden Jahr um 50 % mehr ausgeben als heuer. Wir steigern die der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft, dem Fremdenverkehr usw. und den Gemeinden für Maßnahmen dieser Art zuffließenden Förderungsmittel und wir sind daran, alles zu tun, um die Katastrophenschäden des heurigen und des vergangenen Jahres zu beheben und neuen Schäden dieser Art, soweit wie irgend möglich, vorzubeugen. Und es wird schließlich und eigentlich in vorderster Linie darauf ankommen, daß die Betriebsstruktur des Landes entscheidend verändert, verbessert und dem angeglichen wird, was die Zeit, in der wir leben, fordert und zunehmend von

der Wirtschaft, von ihrer Leistung, von ihrer Konkurrenzfähigkeit und von und für jeden Arbeitsplatz in der Wirtschaft fordern wird. An die Stelle auslaufender, rückläufiger und in den wirtschaftlichen Gefahrenbereich geratender Betriebe und Arbeitsplätze müssen möglichst rechtzeitig geplant und vorausschauend wachstumstüchtige, arbeitsintensive und der örtlichen Lage und den damit verbundenen Kosten standhaltende neue Betriebe und Arbeitsplätze treten. Wir haben dafür den schon mehrfach genannten Betrag von 100 Millionen Schilling für Beihilfen, Darlehen und Zinszuschüsse, die zur Erreichung dieses Zieles angesetzt werden sollen, vorgesehen, ein Betrag, dessen Bedeutung erkennbar wird, wenn man das mit in Betracht zieht, was diese Summe an Bundesgeldern, ERP-Krediten, Eigenmitteln der entstehenden Unternehmungen und natürlich auch an normalen bankmäßigen Krediten zu lockern und in Gang zu bringen in der Lage sein müßte.

Ich bin weit davon entfernt, das, was wir in bezug auf unsere Infrastruktur und zur Behebung unserer allgemeinen Strukturschwächen tun können und tun werden, zu überbewerten. Und ich bin noch weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu übersehen, die sich jedem derartigen Beginnen entgegenstellen werden. Aber ich glaube, daß wir damit unseren ernststen Willen bewiesen und weit darüber hinaus ein wirklich großes Maß an Mitteln bereitgestellt haben, und wenigstens in den von Strukturschwächen besonders gefährdeten Teilen des Landes echte Lösungen, überlegte, wirtschaftlich berechnete und gesunde, wirtschaftspolitisch und kommunalpolitisch notwendige Lösungen und vor allem die unseren Mitmenschen in diesen Landesteilen gebührenden menschlichen Lösungen anbahnen zu können.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich zum dritten Kriterium dieses Budgets, zu dem, was wir als Land, von den vielen Einzelheiten in ungezählten Ansätzen ganz abgesehen, über dieses Budget als antizyklischen Stoß dem rückläufigen Wachstum der Wirtschaft und den uns daraus drohenden Gefahren entgegensetzen wollen.

Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was andere schon vor mir, zwar nicht in diesem Hause, aber vor anderen Gremien gesagt oder in Zeitungen und Zeitschriften geschrieben haben. Soviel steht jedenfalls fest, daß sich die österreichische Wirtschaft in einer schwierigen Situation befindet, daß sich das Wachstum verlangsamt, daß die Erzeugung von Gütern und Leistungen im Jahre 1966 nur um etwa 2 % größer sein wird als im Jahre 1965 gegenüber einer durchschnittlichen Steigerung von 4,3 % in der Zeit von 1960 bis 1965.

Zudem berichtet das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung im Monatsbericht für Oktober, daß sich der Auftrieb der saisonunabhängigen Preise weiter verstärkt. Und Sie alle, meine Damen und Herren, kennen die Schatten und die Zeichen, die über unserer Wirtschaft liegen oder auf sie zuzukommen scheinen, Sie kennen unsere Sorgen mit der Handelsbilanz und mit der Zah-

lungsbilanz, mit den Wachstumsschwächen unseres Fremdenverkehrs, mit der Konkurrenzierung unserer Betriebe und unserer Erzeugnisse und Sie kennen das, was heute als gespaltene Konjunktur, als Spartengefährdung, als eine immer dichter werdende Kette von eingetretenen und eintretenden Zusammenbrüchen einzelner Unternehmungen und was an echten Krankheitserscheinungen in der Form von Skandalen und anderen Tiefständen zutage tritt.

Ich halte dafür, daß ein sogenanntes währungsneutrales Budget, wie das des Bundes bezeichnet wird, ohne es eigentlich zu sein, weil zur Währungsneutralität keineswegs genügt, daß die neu hinzukommenden Schulden die Tilgung alter Schulden nicht übersteigen, sondern weil dazu eine absolute Abstimmung der im Falle des Bundes expansiven und eher inflationistischen Budgetpolitik mit der gerade umgekehrt wirkenden zurückhaltenden und restriktiven Notenbankpolitik der Nationalbank gehören würde, die weitgehend zu fehlen scheint und ich halte dafür, daß ein währungsneutrales Budget viel zu wenig für das wäre, was in dieser Beziehung getan werden muß. Ich glaube auch nicht, daß eine kaufkraftabschöpfende Umverteilung zu Gunsten von Investitionen in einem Lande, dessen Konsumkraft unter den europäischen Ländern ohnehin sehr weit hinten liegt, ein wirksames Mittel ist, um dem Wirtschaftswachstum auf die Beine zu helfen.

Ich bin vielmehr der Meinung, daß ein von der öffentlichen Hand ausgehender Investitionsstoß ohne Umverteilung das einzige Mittel sein kann, das in dieser Beziehung neben einer intensiven Strukturpolitik wirklich helfen kann. (Landeshauptmann Krainer: „Möchten Sie nicht gleich sagen, wo das Geld hergenommen werden soll?“)

Und daran hält sich der von der Regierung gebilligte, Ihnen heute vorgelegte Entwurf des Landesbudgets. Das Land wird auf Grund einer jahrelang sorgsam darauf vorbereiteten Finanzpolitik im kommenden Jahr 582 Millionen, das ist um 86 Millionen mehr, in das Landesvermögen investieren als 1966. Die Beiträge und Darlehen zur Investitionsförderung steigen um 220 Millionen auf 690 Millionen. Insgesamt sieht der Budgetentwurf daher für unmittelbare Investitionen und für mittelbare Investitionsförderung 1.272 Millionen, um über 300 Millionen mehr vor als das Budget des heurigen Jahres. Das bedeutet eine Steigerung von fast 32 %, ohne daß irgendwelche Umverteilungen oder Abschöpfungen vorgenommen wurden.

Und davon, daß das Budget dabei „super-währungsneutral“ ist, möchte ich gar nicht reden, da die Vermögenserträge des Landes immer noch den Zinsendienst decken und die Darlehensaufnahmen im wesentlichen überhaupt nur wieder zur Darlehenshingabe an die Wirtschaft und an die Förderungswerber aller Art bestimmt sind. Ich glaube, Ihnen damit dargelegt zu haben, daß jene drei Wesenszüge des Budgetentwurfes für das kommende Jahr, in denen im großen und ganzen die Erhöhung des Budgetrahmens steckt, nicht nur

wirklich geeignet sind, die Ausweitung vertretbar zu machen, sondern daß sie geradezu notwendige Kriterien eines der Zeit, dem neuen Recht, den Struktursorgen und den Wachstumsgefährdungen gerechtwerdenden Budget sind.

Ich habe im übrigen versprochen, Sie heute nicht mit Einzelheiten zu belasten. Das entbindet mich aber nicht von der Verpflichtung, jene allgemeinen und besonderen Gesichtspunkte darzulegen, die zur Beurteilung des Entwurfes ebenso notwendig sind, wie das schon Gesagte.

Das betrifft die Vermögenslage des Landes. Ich habe sie dem Hohen Hause schon vor Jahren ausführlich dargestellt. Ich kann mich darauf berufen und damit begnügen, lediglich hinzuzufügen, daß sie unverändert gut geblieben ist.

Das betrifft ferner den Rechnungsabschluß des Jahres 1965 und das voraussichtliche Gebarungsergebnis für das Jahr 1966. Der Rechnungsabschluß des Jahres 1965 hat mit einem Überschuß von 19 Millionen abgeschlossen, der der Betriebsmittelrücklage zugeführt wurde. Das Jahr 1966 hat zwar schon bisher Mehrausgaben über- und außerplanmäßiger Natur von weit über 100 Millionen Schilling erforderlich gemacht, aber die Mehreinnahmen werden die Mehrausgaben schließlich doch überdecken und ein immerhin zu erwartender Überschuß wird der durch die Bedeckungsmaßnahmen, namentlich für das Budget 1967, ziemlich ausgeschöpften Investitionsgrundlage sehr von Nöten sein.

Wir können also frei von Hypotheken, die unsere Vermögenslage belasten, und frei von Hypotheken aus haushaltsmäßigen Mißverhältnissen des vergangenen und des laufenden Jahres in das neue Jahr gehen.

Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist sicher auch die Frage nach Art und Höhe der Einnahmenveranschlagung für das kommende Jahr, um mit einem derart extrem ausgeweiteten Budget nicht eines Tages durch Mindereinnahmen vor unüberbrückbaren Schwierigkeiten zu stehen. Ich glaube, auch in dieser Hinsicht eine, freilich nicht allein von mir abhängige, aber dennoch durchaus beruhigende Auskunft geben zu können.

Ich habe die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit 1.300 Millionen veranschlagt, das sind um 215 Millionen mehr als im heurigen Jahr. Davon muß man allerdings jene 3 % Umsatzsteuer ausscheiden, die wir für die Lehrerbezüge bekommen. Aber dann bleibt immer noch eine Steigerung um fast 16 %. Wir werden jedoch heuer etwa 1.233 Millionen erreichen und ich kann die Steigerung aus diesem Grunde, vor allem aber auch deswegen mit gutem Grund vertreten, weil sie immer noch etwas hinter den aus dem Bundesbudget ableitbaren Ansätzen zurückbleibt.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben werden allerdings im kommenden Jahr mit besonderer Vorsicht behandelt werden müssen, aber das scheint

mir angesichts dessen, was wir mit dem Budget bezwecken und im Interesse der steirischen Wirtschaft, im Interesse der Vollbeschäftigung im Lande und im Interesse des steirischen Lebens erreichen wollen, immerhin vertretbar zu sein.

Die Landesumlage habe ich mit rund 131 Millionen, den Kopfquotenausgleich habe ich mit nicht ganz 71 Millionen veranschlagt. Die Bedarfszuweisungen für die Gemeinden werden etwa 118 Millionen, also trotz der Senkung auf 15 % der Ertragsanteile immer noch um etwa 14 Millionen mehr ausmachen als heuer veranschlagt war.

Die eigenen Abgaben des Landes werden zirka 42 Millionen bringen, um 4 Millionen mehr als heuer vorgesehen war. In diesem Zusammenhang mag als besonders interessant gelten, daß eine gewissenhafte Veranlagung unserer laufenden Gelder und Vermögensbestände mehr einbringt, als alle selbständigen Abgaben des Landes zusammen. Für eine etwaige, wie immer Namen und Inhalt habende „Kulturabgabe“ des Landes auf Grund der durch den Finanzausgleich entstehenden neuen Rechtsgrundlage ist angesichts der noch gänzlich fraglichen Art und des noch absolut unbestimmten Zeitpunktes der allfälligen Einführung lediglich ein Verrechnungsansatz im Budget vorgesehen.

Eine Sichtung der einzelnen Ausgaben und Ausgabengruppen kann ich mir, glaube ich, mit Rücksicht auf die heutigen Pressemeldungen weitgehend ersparen. Es mag von besonderem Interesse sein, daß der Personalaufwand, auch wenn keine weiteren Erhöhungen als die bisher bewilligten kommen würden — was nicht anzunehmen ist —, um rund 114 Millionen auf etwa 824 Millionen insgesamt steigt. Das sind allerdings wieder 31 % der Gesamtausgaben des Budgets. Fast zwei Drittel dieses Personalaufwandes stecken in den vom Land erhaltenen Anstalten, die Hoheitsverwaltung des Landes hat dagegen einen Nettopersonalaufwand, der nur etwas über 10 % der Budgetsumme verzehrt. Vor allem durch den rasant steigenden Personalaufwand vermehrt sich der Abgang aller unserer Anstalten in einer Weise, die eine Neuregelung der Benützergebühren geradezu erzwingt, um den Bestand der Anstalten für die Zukunft nicht zu gefährden. Bei den Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten erhöht sich der Personalaufwand nach den bisher geltenden Vorschriften um 66 Millionen. Um wenigstens einen Teil dieser Erhöhung aufzufangen, wurde eine Gebührenneuregelung veranschlagt. Für alle anderen Anstalten gilt im Grunde das gleiche. Die durch eine beabsichtigte Neuregelung erwarteten Mehreinnahmen wurden in der Gruppe 9 vorerst für alle anderen Anstalten gemeinsam veranschlagt.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den, eine Anlage zum Budget bildenden Dienstpostenplan. Die Zahl der Dienstposten in der allgemeinen Verwaltung steigt um 93 Posten. Davon entfallen etwa 70 % auf den Baudienst und auf die Verlängerung von 33 Fondsbediensteten. Die Zahl der Bediensteten der Gemeindeverbände steigt um 17 1/2 Dienstposten. Das berührt den Landeshaushalt

nicht. Dagegen fällt eine Vermehrung der Dienstposten in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten um 191,5 Posten stark ins Gewicht. Insgesamt steigt die Zahl der Dienstposten um 298.

Die Veränderungen im Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge sind verhältnismäßig geringfügiger Natur, wenngleich die Zahl der Kraftfahrzeuge, dem Zug der Zeit entsprechend, um 22 anwächst, wobei die Zahl der Krafträder ab und die der Personen-, Last- und Spezialfahrzeuge (Straßenbau) zunimmt.

Wenn ich noch darauf hinweise, daß wir in allen Sparten weit mehr ausgeben werden als bisher:

Wir werden auf dem Gebiete des Schulwesens 141 Millionen, auf dem Gebiete des Kulturwesens 67 Millionen, auf dem Gebiete der Fürsorge 152 Millionen, für den Straßen-, Wasser-, Kanal- und Wasserleitungsbau 347 Millionen und für das Gesundheitswesen insgesamt 623 Millionen ausgeben, wobei allerdings die Einnahmen der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten 406 Millionen betragen dürften. Wir werden ferner für die Wohnbauförderung 1954, die Landes-Wohnbauförderung und für das Sonderwohnbauprogramm 350 Millionen, für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft und ihrer Einrichtungen 125 Millionen, für die Direktförderung der gewerblichen Wirtschaft 11 Millionen und für den Fremdenverkehr 46 Millionen ausgeben.

Und wenn ich die gewaltigen Summen der Vorhaben des ao. Haushaltes, die mit Gesamtkosten von 700 Millionen bereits laufen und mit weiteren Gesamtkosten von etwa 900 Millionen projiziert sind, vor dem Baubeginn stehen oder zumindest schon angekündigt werden und für deren restliche Finanzierung in den nächsten Jahren etwa 1,4 Milliarden erforderlich sind, noch besonders hervorhebe, so rundet sich, glaube ich, das Bild dessen ab, was das Landesbudget im Interesse der Bewohner, des Lebens und der Wirtschaft des Landes bedeuten will und bedeuten soll.

Und das wäre es, meine Damen und Herren, was ich Ihnen zur Einleitung der Budgetverhandlungen sagen wollte und, wie ich glaube, auch sagen mußte.

Ich glaube, daß es ein gutes Budget werden wird, wenn Sie es beschließen. Und ich glaube, daß die Wirtschaft und die Menschen nicht nur das, was sie selbst im kommenden Jahr dazu beitragen müssen, zu gewissenhaft und sorgfältig verteilt zur Gänze zurückerhalten werden, sondern daß Ihnen mit diesem Budget auch vieles von dem wieder zur Verfügung gestellt wird, was wir in guten Tagen für schwierige Zeiten aufzubewahren versucht haben.

Ich möchte nicht schließen, ohne allen Mitbürgern unseres Landes gedankt zu haben. Gedankt zu haben, daß sie mit ihrer Arbeit und mit ihrem Fleiß die Grundlagen einer guten Wirtschaft des Landes geschaffen haben und ich bin davon überzeugt, auch in der Zukunft schaffen werden. Ich

danke allen, die mir bei der Erarbeitung dieses Budgets geholfen haben. Allem voran der Landesregierung und ihren Mitgliedern, dem Herrn Landeshauptmann, den Dienststellen des Landes, und ganz besonders der Finanzabteilung und ihrem Vorstand, Herrn Hofrat Morokutti, dem Bearbeiter und Programmierer des Ziffernmaterials, Herrn Rechnungsrat Ramschak, und auch der Landesbuchhaltung und ihrem Chef, dem Landesrechnungsdirektor Wladar, die mit ihrer Arbeit wesentlich zu einer klaglosen Vollziehung der bisherigen Budgets beigetragen und dadurch den technischen Teil und die technischen Grundlagen einer immer klaren Haushaltsführung geliefert haben.

Meine Damen und Herren, ich unterbreite Ihnen den an sich gegenüber seiner bisherigen Fassung unverändert gebliebenen Gesetzesentwurf, den Voranschlag selbst und seine zum Teil bereits angeschlossenen, zum Teil in den nächsten Tagen, sobald die Druckerei fertig wird, folgenden Anlagen mit der Bitte, dieses ganze umfangreiche Elaborat zu prüfen und zu wägen, zu beraten und zu beschließen.

Ich kann die Beschlußfassung mit gutem Gewissen empfehlen, denn ich bin fest davon überzeugt, daß das, was ich Ihnen vorzulegen habe, ein der Zeit und ihren besonderen Sorgen und Anliegen angepaßtes Budget sein wird, und daß es alles enthält, was das Land wohlbedacht und mit einem mutig und dennoch sorgsam in die Zukunft gerichteten Blick beizutragen vermag, um seinen Menschen und seiner Wirtschaft auch in einer erster werdenden Zeit eine tragende Grundlage zu sichern und eine Heimat zu erhalten, in der das Leben lebenswert ist und immer lebenswert bleiben soll. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 39, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Burger, Lind, betreffend die Schaffung familiengerechter Wohnungen, und zum Landtagsbeschluß Nr. 86 vom 16. Dezember 1965 über eine Qualitätsverbesserung im Wohnungsbau.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Johanna Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort zum Bericht.

Abg. Jamnegg: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bei dieser Vorlage handelt es sich um einen Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Burger und Lind, betreffend die Schaffung familiengerechter Wohnungen und weiter um einen Bericht zum Landtagsbeschluß Nr. 86 vom 16. Dezember 1965 über eine Qualitätsverbesserung im Wohnungsbau. Dazu darf ich im einzelnen folgendes ausführen:

Die Forderung nach familiengerechten Wohnungen wird seit Jahren bei uns in Österreich, aber

nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland in steigendem Maße erhoben. Die Erfüllung dieser Forderung ist aber nur bei einer grundlegenden Reform der derzeit bestehenden Wohnbauförderung möglich, insbesondere dadurch, daß man von der derzeit bestehenden Objekt- zu einer Subjektförderung übergeht. Die Landesregierung kann derartige Maßnahmen nur auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, zu dessen Vollziehung sie zuständig ist, treffen. Diese Angelegenheit wurde bereits eingehend erörtert, doch ist es mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Materie noch zu keiner Beschlußfassung gekommen. Da nun die Bundesregierung eine Reform der Wohnbauförderung mit dem Ziel einer Subjektförderung angekündigt hat, soll nun das Ergebnis dieser Maßnahme abgewartet werden.

Was die Forderung nach dem Bau von Wohnküchen anlangt, scheint es nicht zweckmäßig, hier im Rahmen der Landesförderung allgemeine Vorschriften zu erlassen, zumal die Frage Wohnküche, Eßküche oder Kochküche abhängig ist sowohl von den örtlichen Gegebenheiten als auch von den Wünschen der zukünftigen Wohnungsinhaber.

Die Ausschließung des Gefahrenmomentes bei den bodennahe angebrachten Steckdosen ist sehr einfach dadurch zu lösen, daß sich der Wohnungsinhaber selbst Sicherungskappen beschafft, die zu einem geringen Preis im Handel erhältlich sind. Die Wohnbauvereinigungen und Gemeinden werden jedoch zur Verständigung des Wohnungsinhabers noch besonders darauf aufmerksam gemacht werden. Was die Schallisolierung der Wohnungen betrifft, so wird hier auf die Richtlinien für die Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 verwiesen. In diesen Richtlinien wird den Gemeinden und Wohnbauvereinigungen vorgeschrieben, daß der laut ÖNORM mindest erforderliche Schall- und Wärmeschutz gesichert werden muß. Die Gemeinden und Wohnbauvereinigungen werden aber erneut darauf hingewiesen werden, auf den Schallschutz besonders zu achten. Es wird auch die Frage geprüft, ob es möglich und zweckmäßig ist, in den fertiggestellten Objekten Nachprüfungen über den erreichten Schallschutz anzustellen. Zudem ist das Bundesministerium für Bauten und Technik bemüht, durch entsprechende Erlässe eine wirksame Schallisolierung wie auch eine entsprechende Wärmeisolierung zu sichern.

Auf die Verbesserung der architektonischen Gestaltung könnten in erster Linie wohl die Baubehörden Einfluß nehmen. Es wird daher in dieser Hinsicht erneut an die Gemeinden und Wohnbauvereinigungen herangetreten und dabei betont werden, daß auch auf eine vertretbare architektonische Gestaltung und eine harmonische Eingliederung des Baues in das Landschaftsbild im Rahmen des Möglichen Wert gelegt werden muß. Hinsichtlich der Größenordnung wird festgestellt, daß der Wohnhauswiederaufbau die Herstellung von Wohnungen in einer familiengerechten Größenordnung ermöglicht. Bezüglich einer nachdrücklichen Beachtung der familiengerechten Größenordnung wie

auch der landschaftsschützerischen Belange werden besondere Verfügungen ergehen. Erwähnen darf ich auch noch, daß die Baufibel seinerzeit vom Verein für Heimatschutz herausgegeben wurde. In einer Vorstandssitzung dieses Vereines hat man dem Wunsch des Landtages entsprechend eine Neuauflage der Baufibel angeregt und wird der Landesregierung über das Ergebnis zu gegebener Zeit berichtet werden.

Hohes Haus! Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage in seiner letzten Sitzung befaßt und hat den Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich ersuche nun das Hohe Haus, ebenfalls den Bericht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händedeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Bericht ist angenommen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 42, zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Gruber, Ileschitz, Zagler und Genossen über eine Sonderaktion zur rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark.

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1965 wurde der Antrag der Abgeordneten Bammer, Gruber, Ileschitz, Zagler und Genossen über eine Sonderaktion zur rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark der Landesregierung zugewiesen. Der Antrag lautete:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Hohen Landtag unverzüglich Richtlinien für die Durchführung einer Sonderaktion, die der rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark dienen soll, vorzulegen. Die Finanzierung dieser Sonderaktion soll derart gestaltet werden, daß 90 % der Baukosten in Form eines einprozentigen Direktdarlehens mit einer Laufzeit von 50 Jahren gewährt werden. Die restlichen zehn Prozent müssen die Förderungswerber aufbringen. Mit dem Bau dieser Barackenersatzwohnungen sind die Gemeinden und gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften zu betrauen.“

Zur Durchführung dieser Aktion wurde im Landesvoranschlag 1966 im U. V. „Landes-Wohnbauförderungsfonds“ unter der Bezeichnung „Sonderwohn- und Barackenersatz-Bauprogramm“ ein Betrag von 60.000.000 Schilling eingesetzt, der durch die Aufnahme eines Darlehens bedeckt werden soll. Dieses Darlehen wurde inzwischen auf Grund des Landtagsbeschlusses Nr. 168 vom 21. Juni 1966 bei der Landeshypothekenanstalt aufgenommen.

Es sollen 500 Barackenersatzwohnungen mit einem Darlehen von je 120.000 Schilling, das mit 1 % zu verzinsen und in 40 Jahren zurückzuzahlen ist, gefördert werden. Außerdem soll pro Woh-

nung ein jährlicher Annuitätenzuschuß von 5 % zu einem Darlehen eines Geldinstitutes von 40.000 Schilling mit höchstens 25jähriger Laufzeit gegeben werden. Antragsberechtigt sind Gemeinden und gemeinnützige Genossenschaften.

Zufolge des Beschlusses vom 3. Oktober 1966 stellt die Steiermärkische Landesregierung somit den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Bammer, Gruber, Ileschitz, Zagler und Genossen über die Durchführung einer Sonderaktion zur rascheren Beseitigung der Barackenwohnungen in der Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

Der Finanz-Ausschuß ersucht das Hohe Haus, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Bericht und den Antrag gehört. Mangels Wortmeldungen bitte ich um ein Händedeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 107, zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Psonder, Lendl, Ileschitz und Genossen über die Einstufung der an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern.

Berichterstatter ist Abg. Hans Groß. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Groß: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 29. November 1965 wurde der Antrag der Abgeordneten Sebastian, Psonder, Lendl, Ileschitz und Genossen, über die Einstufung der an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern, der Landesregierung zugewiesen.

Mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert,

1. die an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern, wenn sie die nach den Beförderungsrichtlinien erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, in die Dienstklasse IV zu befördern und

2. die Landes-Dienstzweigeverordnung in ihrem Dienstzweig 41, das ist der fachliche Pflegedienst, so zu ändern, daß in diesem Dienstzweig auch eine Beförderung in die Dienstklasse V ermöglicht wird, wobei in den Anmerkungen festzuhalten wäre, daß für eine Beförderung in diese Dienstklasse Oberschwestern, Pflegevorsteher, Lehrschwestern, Lehrpfleger und Schuloberinnen bzw. Internatsoberinnen in Frage kommen.

Hiezu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

In den derzeit geltenden einschlägigen Bestimmungen für die Entlohnung der Krankenschwe-

stern und des Pflegepersonals findet das Leistungsprinzip bereits mehrfache Anwendung.

1. Die Schwestern beginnen in der Verwendungsgruppe C (Entlohnungsgruppe c), während der überwiegende Teil der anderen Verwaltungsbediensteten erst nach einer Landesdienstzeit von mindestens vier bzw. acht Jahren in eine höhere Gruppe kommen kann.

2. Den Schwestern wird die gesamte Ausbildungszeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres für die Vorrückung in höhere Bezüge angerechnet, was zur Folge hat, daß deren Anfangsbezüge in der 2. und nicht in der 1. Entlohnungsstufe beginnen. In der gegenständlichen Vorlage werden nun die Bezüge der Schwestern in den einzelnen Entlohnungsgruppen angeführt: sie bewegen sich einschließlich der Erschwernis- und Funktionszulagen von 2.417 Schilling bis 4.768 Schilling brutto.

Für Beförderung von Schwestern in höhere Dienstklassen der Verwendungsgruppe C ist festzustellen, daß durch die Zeitvorrückung die Sicherheit gegeben ist, daß die Beamtin in den Genuß der Bezüge der höheren Zeitvorrückungsdienstklasse auch dann kommt, wenn sie nicht auf diesen Posten der höheren Dienstklasse ernannt wurde. Es kann also die Beförderte wie auch die Nichternannte den Endbezug in der Verwendungsgruppe C, Dienstklasse IV, Gehaltsstufe 9 erreichen. Was die Beförderung von weltlichen Schwestern in die V. Dienstklasse, Verwendungsgruppe C anlangt, so sieht der Entwurf der neuen Dienstzweigeverordnung für den Dienstzweig 41 in der Anmerkung vor, daß die Dienstklasse V nur für den Pflegevorsteher und für das leitende Lehrpersonal bestimmt wird. Da außerdem in einer weiteren Anmerkung ausgeführt wird, daß das zur Betreuung der Schüler bzw. Schülerinnen, Lernpfleger und Lernpflegerinnen und zur Führung der Aufsicht bestellte leitende Lehrpersonal den Funktionstitel „Schuloberin, Internatsoberin bzw. Lehrvorsteher oder Lehröberin“ führt, ist vorgesehrt, daß die Schuloberin, Internatsoberin und Lehröberin in die V. Dienstklasse befördert werden kann.

Die Pfleger haben nach einjähriger Tätigkeit die Möglichkeit, einen dreijährigen Ausbildungskurs zu besuchen. Nach Vollendung der vierjährigen Landesdienstzeit, bestandener Abschlußprüfung und gegebener Eignung wird der Betroffene in die Entlohnungsgruppe c, Entlohnungsstufe 3, eingestuft.

Die Bezüge der Pfleger betragen einschließlich aller Zulagen 3.200 bis 4.959 Schilling brutto.

Abschließend kann also festgestellt werden, daß die Schwestern und Pfleger einkommensmäßig besser dotiert sind als der Großteil der anderen im Fachdienst tätigen Bediensteten. Beförderungsmäßig ist sowohl die Verleihung einer IV. als auch der V. Dienstklasse in der Verwendungsgruppe C an die Vorgeführten vorgesehen und möglich.

Die Schwestern und Pfleger sind also gegenüber den anderen Bedienstetengruppen nicht benachtei-

ligt, sondern eher bevorzugt, was bedeutet, daß der materielle Anreiz für diesen Beruf gegeben ist. Der Werbung für diesen Beruf steht also nicht eine sogenannte Unterentlohnung hinderlich entgegen, sondern eher der Umstand, daß in der heutigen Zeit immer weniger Menschen Lust haben, einen dienenden Beruf zu ergreifen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 30. November mit diesem Bericht beschäftigt und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Psonder, Lendl, Ileschitz und Genossen über die Einstufung der an den Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten bediensteten Krankenschwestern wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 250, über den Ankauf eines Grundstückes für das Österreichische Freilichtmuseum.

Berichterstatter ist Abg. Josef Hegenbarth. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Hegenbarth: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Anlässlich des Erzherzog-Johann-Gedächtnisjahres hat der Steiermärkische Landtag eine Reihe von kulturellen Maßnahmen beschlossen. Einer dieser Beschlüsse befaßte sich mit der Schaffung eines Freilichtmuseums im Gebiete der Katastralgemeinde Hörgas bei Rein. Eine Anzahl von Objekten aus den verschiedensten Bundesländern sind bereits ausgestellt und die Steiermark wird damit sicherlich auf kulturellem Gebiet eine einmalige Attraktion haben. Nun hat sich die Notwendigkeit ergeben, zusätzliche Grundstücke zu erwerben, damit diese aufzustellenden Gebäudeobjekte aus den verschiedensten Bundesländern nicht allzu lange beisammenstehen und besser zur Wirkung kommen.

Es war eine glückliche Fügung, daß ein Landwirt der dortigen Gegend namens Peter Glettler dem Land Steiermark ein Grundstück im Ausmaß von über 5 ha zu dem sehr bescheidenen Preis von 160.000 Schilling, das sind rund 3 Schilling pro Quadratmeter, angeboten hat. Die Landesregierung hat sich entschlossen, dieses Angebot vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages anzunehmen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Angebot befaßt und im Auftrag des Finanz-Ausschusses darf ich dem Hohen Haus folgenden Antrag unterbreiten: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ankauf der Liegenschaft, EZ. 153, KG. Hörgas, im Ausmaß von 52.479 Quadratmeter zum Kaufpreis von 160.000 Schilling von Peter Glettler für das Österreichische Freilichtmuseum wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händedezeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.) Dieser Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 254, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes Steiermark für Darlehen an Förderungswerber, die eine Förderung aus dem Landes-Wohnbauförderungsfonds erhalten.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Edda Egger: Das Gesetz über die Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds aus dem Jahre 1949 sieht nicht nur die Gewährung von Darlehen, einmaligen Zuschüssen und Zinszuschüssen vor, sondern sieht auch eine Bürgschaftsübernahme für Darlehen vor, um Wohnbauten zu fördern. Für das Jahr 1966 wurde die Landesregierung ermächtigt, Ausfallbürgschaften bis zur Höhe von 25 Millionen Schilling für solche Darlehen zu übernehmen. Da dieser Betrag im heurigen Jahr bereits erreicht wurde, ist es notwendig, die Landesregierung zur weiteren Übernahme von Ausfallbürgschaften von weiteren 30 Millionen Schilling zu ermächtigen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt somit einen entsprechenden Antrag an den Landtag, dem sich auch der Finanz-Ausschuß anschließt. Ich ersuche den Landtag, dieser Erhöhung zuzustimmen.

Präsident: Sie haben den Antrag der Frau Abgeordneten Egger gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 255, über die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark im Jahre 1965.

Ich bitte den Herrn Abg. Feldgrill als Berichterstatter dem Hause zu berichten.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Diese Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark sieht den alljährlich an den Landtag vorzulegenden Bericht vor, der auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes durch den Wohnbauförderungsfonds dem Lande Steiermark zu erstatten ist. Er wird untergliedert:

1. in die Einnahmen von insgesamt	36,776.000 Schilling
die sich in zwei Hauptposten darstellen und zwar	
im ordentlichen Beitrag des Landes mit	13,200.000 Schilling
und in den Zahlungen der Darlehensnehmer mit insgesamt	20,930.000 Schilling.

Die weiteren Punkte sind der Ertrag der angelegten Mittel, die Streichungen der Darlehensverzichte u. Baukostenzuschußverzichte.

Diesen Einnahmen stehen gegenüber	35,550.627 Schilling
Ausgaben, die sich zusammensetzen aus den bewilligten Förderungsmitteln, der größten Post, in der Höhe von	27 Millionen Schilling,

weitere aus einer Erstattung an das Land für den 20-Millionen-Schilling-Kredit von	2,8 Millionen Schilling
--	-------------------------

und aus den gezahlten Zinszuschüssen von rund	5 Millionen Schilling.
---	------------------------

Es ergibt sich in der Gegenüberstellung ein Guthabensaldo mit 31. 12. 1965 in der Höhe von	1,226.312 Schilling.
--	----------------------

Es wurde weiters die im Jahre 1960 begonnene Aktion Zinszuschüsse und Ausfallhaftungen weitergeführt und wurden dabei 1.101 Zinszuschüsse für Hypothekendarlehen von 73 Millionen Schilling, weiters Nachtragszinszuschüsse für 24 Hypothekendarlehen von 570.000 Schilling, insgesamt 74 Millionen Schilling bewilligt. Weiters wurden Ausfallbürgschaften für 108 Hypothekendarlehen von 7,4 Millionen und Nachtragsbürgschaften für 8 Hypothekendarlehen von 415.000 Schilling, das sind insgesamt 7,888.000 Schilling bewilligt.

Die Gesamtausgaben und Kreditmittelbindungen in der Höhe von 35½ Millionen Schilling werden aufgeschlüsselt in einen Förderungsbetrag von rund 91.13 % mit 32,3 Millionen Schilling, die Personal- und Amtssachaufwandkosten und die Postsparkassenspesen belaufen sich auf nur 0.99 % mit 350.000 Schilling, der Zinsen- und Tilgungsdienst beträgt 7,88 %, das sind 2.8 Millionen Schilling. Von den bewilligten Förderungsmitteln von rund 32 Millionen Schilling entfallen auf natürliche Personen	97,87 % = 37.7 Millionen S,
weitere auf die Gemeinden	2,08 % = 672.000 Schilling
und auf Bauvereinigungen	0.05 %.

Im Jahre 1965 wurden insgesamt 1.478 Anträge und 73 Nachtragsanträge bewilligt. Hievon entfallen auf natürliche Personen 1.474 Anträge und 73 Nachtragsanträge, 3 Anträge auf Gemeinden und 1 Antrag auf die Bauvereinigungen.

Gefördert wurden im Jahre 1965 insgesamt 1.715 Wohnungen, wobei auf die Einfamilienhäuser der größte Anteil mit 1.088 Wohnungen entfällt. Diese 1.715 Wohnungen wurden mit einer Gesamtbaukostensumme von 382 Millionen veranschlagt und umfassen 1.480 Baubjekte, worin 1.715 Wohnungen, davon 13 Mietobjekte, enthalten sind.

Von den 1.715 Wohnungen entfallen auf:

natürliche Personen	1.702 = 99,24 %,
Gemeinden	8 = 0,47 %,
Bauvereinigungen	5 = 0,29 %.

Die durchschnittlichen Baukosten für eine geförderte Wohnung betragen 223.000 Schilling, wobei die Förderung selbst im Durchschnitt für natürliche Personen 58.900 Schilling beträgt. Es ergeben sich bei der Verteilung dieser Mittel auf die einzelnen steirischen Bezirke zwei besondere Schwerpunkte, und zwar für Graz-Umgebung mit 13,87 % der Gesamtmittel und für Graz-Stadt mit 10,84 % der Mittel. Weiters folgen noch über dem Durchschnitt Hartberg und Leibnitz, an letzter Stelle liegen wie auch im Vorjahr Radkersburg, Murau und Fürstenfeld. Die berufsmäßige Aufgliederung dieser 1.474 Förderungswerber zeigt, daß 853 Anträge, also rund 57 %, von Arbeitern sind, 207 Anträge von öffentlichen Angestellten, Privatangestellte stellten 168 Anträge, Rentner und Pensionisten 47, Gewerbetreibende und Freie Berufe 126 und Landwirte 73 Anträge. Weiters zeigt das, daß die bewilligten Anträge bei den Arbeitern und Unselbständigen angestiegen sind, und zwar auf 85,80 % und bei den Selbständigen auf 14,20 % zurückgegangen sind. In den Jahren 1949 bis 1965 wurden insgesamt 13.175 Anträge und 686 Nachtragsanträge positiv erledigt. Durch diese Erledigungen und Bewilligungen wurde die Errichtung von 13.674 Bauobjekten mit 17.165 Wohnungen und 64 Ledigenzimmern gefördert. 1949 bis 1965 wurden daher an Förderungsmitteln zugesichert bzw. an Zinszuschüssen gezahlt insgesamt 640.639.585 Schilling.

Sie untergliedern sich in

Darlehen und Nachtragsdarlehen	371 Millionen Schilling,
Baukostenzuschüsse	3,6 Millionen Schilling,
Zinszuschüsse	224 Millionen Schilling,
Bürgschaften	24 Millionen Schilling,
und gezahlte Zinszuschüsse	16 Millionen Schilling.

Mit diesen 640 Millionen Schilling wurde der steirischen Wohnbauwirtschaft und dem Wohnbaumarkt eine kräftige und wirksame Initialzündung zur Verfügung gestellt. Der Finanz-Ausschuß hat sich am 30. November 1966 in seiner Sitzung mit dieser Vorlage eingehend befaßt und ich darf daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Gebarung des Wohnbauförderungsfonds des Landes Steiermark für das Jahr 1965 wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Finanz-Ausschusses aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Feldgrill gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 256, über die Erhöhung

des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Der vorliegende Antrag bzw. die vorliegende Vorlage beschäftigt sich mit der Erhöhung des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof. Es war ursprünglich vorgesehen, daß der Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof 21 Millionen Schilling kostet. Mittlerweile hat sich die Flughafen-Graz Betriebs-Ges. m. b. H. am 27. September 1965 in ihrer Aufsichtsratssitzung mit dem Problem des Flughafens und des Ausbaues beschäftigt und festgestellt, daß also eine beträchtliche Erhöhung und zwar von 21 Millionen Schilling auf 58,2 Millionen Schilling erforderlich sein wird. Und zwar ist gedacht, daß der Ausbau in drei Jahren vor sich geht. Im Jahre 1965 wurden bereits 800.000 Schilling verwendet, im Jahre 1966 sollen 17,3 Millionen Schilling verbaut werden, 1967 15,5 Millionen Schilling und 1968 22 Millionen Schilling. In dieser Flughafen Betriebs-Ges. m. b. H. befindet sich das Land Steiermark mit 25 %. 25 % hat der Magistrat Graz und 50 % die Republik Österreich. Der Magistrat Graz hat bereits den diesbezüglichen Beschluß gefaßt und zwar am 14. Juli 1966, wonach ein Viertelanteil von 11,35 Millionen Schilling für den Ausbau des Flughafens bereitgestellt wird. Das Land Steiermark müßte also heute, und vor allem der Steiermärkische Landtag in der heutigen Sitzung, ebenfalls diesen Beschluß fassen. Es ist gedacht, diese 11,35 Millionen Schilling in der Form aufzubringen, daß aus den Haushaltsmitteln im Jahre 1966, 1967 und 1968 diese Mittel bereitgestellt werden.

Die gegenständliche Vorlage wurde am 30. November im Finanz-Ausschuß eingehend durchberaten und ich darf namens dieses Finanz-Ausschusses dem Hohen Landtag vorschlagen, folgendes zu beschließen:

1. Die Erhöhung des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof auf voraussichtlich 58,200.000 Schilling wird zur Kenntnis genommen.

2. Der Kostenanteil des Landes in der Höhe von 11,350.000 Schilling und dessen Flüssigstellung bis Ende 1968 wird unter der Bedingung genehmigt, daß die Republik Österreich ihren halben Anteil in der Höhe von 22,700.000 Schilling bis Ende 1968 flüssigstellt.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Bammer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Annahme dieser Vorlage bedeutet, daß der neue und größere Ausbauplan, der notwendige Ausbau des Flughafens am Thalerhof bei Graz nunmehr realisiert werden kann und daß damit — wie wir hoffen — alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß unsere

Landeshauptstadt und auch das Land Steiermark besser als bisher an dem internationalen Luftverkehr teilnehmen können. Wir wissen, daß dem Luftverkehr die Zukunft gehört und daß der Ausbau am Thalerhof ein Gebot der Zeit ist.

Es ist das Bestreben der in der Flughafen Betriebsgesellschaft vereinten Gebietskörperschaften, alle technischen Voraussetzungen zu schaffen, damit von der technischen Seite her kein Hindernis besteht, den Flughafen am Thalerhof anzufliiegen. Es hat sich auch im letzten Jahr gezeigt, daß durchaus berechtigte Hoffnungen da sind, daß der Verkehr am Thalerhof — soweit es den Flugreiseverkehr betrifft — intensiviert werden kann. Die neueröffnete Fluglinie Graz—Linz—Frankfurt a. Main und am gleichen Tag zurück, hat entgegen vielen pessimistischen Anfangsmeinungen viel besser eingeschlagen, als das ursprünglich zu erwarten war. Die Intensivierung des Fremdenverkehrs, den wir alle für die Steiermark uns wünschen, wird sicher auch eine stärkere Frequenz am Thalerhof mit sich bringen.

Es soll darüber hinaus aber nicht übersehen werden, daß am Thalerhof zwei sehr aktive Schulen, Fliegerschulen, ihren Betrieb ausüben und wie ich mit einigen Ziffern werde nachweisen können, den überwiegenden Teil der Luftbewegungen im Süden von Graz verursachen. Das ist nicht zuletzt das Ergebnis einer, wie wir positiv feststellen können, vorausschauenden positiven Einstellung der Landesregierung und des Landtages im Hinblick auf die Förderung des Flugsportverkehrs und damit auch die stärkere Heranbildung von Flugzeugpiloten.

Wenn der Hohe Landtag diesen sehr beachtlichen Betrag von 11,350.000 Schilling beschließt und die Regierung ihn später freigeben wird, dann ist es, glaube ich, im Hinblick auf das Ausmaß dieses Vorhabens gerechtfertigt, einige Feststellungen zu machen und auf einige Auffassungsunterschiede über die Rangordnung der Realisierung der einzelnen Vorhaben hinzuweisen. Die Vorlage besagt, im Präliminare 1966 wurde als erste Bauetappe das Abfertigungsgebäude, die Flugsicherungseinrichtungen und die Verlegung der Graspiste mit insgesamt 17,300.000 Schilling angegeben. Der Flughafen-Betriebsgesellschaft wurde auf Grund der am 6. Oktober 1965 stattgefundenen Verhandlung für die Errichtung der Bodeneinrichtungen, des Aufnahmegebäudes und der Graspiste, die für den Klein-Flugzeugverkehr vorgesehen ist, auferlegt, daß die Befestigung dieser Pistenoberfläche bei der Grasnarbe, deren Tragfähigkeit nach einjährigem Bestand 2000 Kilo aufzunehmen imstande sein muß, und die Fertigstellung der Graspiste so zu erfolgen hat, daß die Auflassung der alten Graspiste im Süden nicht früher vorgenommen werden kann, bevor nicht die neue Graspiste im Norden betriebsfertig ist. Das hat deshalb Bedeutung, weil auf diesem Streifen, der jetzt von der Graspiste im Süden eingenommen wird, die Sender für die Blindlandeeinrichtungen stationiert werden sollen und weil man also nicht früher mit dem dringendsten am Thalerhof, nämlich mit der Errichtung

der Blindlandeeinrichtungen beginnen kann, bevor diese Verlegung der Graspiste aus dem Süden nach dem Norden erfolgt ist. Es ergibt sich also ein Widerspruch zur Vorlage deshalb, weil diese Verlegung der Graspiste weder im Herbst 1965, noch im Laufe des Jahres 1966 vorgenommen worden ist und im Präliminare für 1967 nicht mehr aufscheint. Ich bin mir schon darüber im klaren, daß man diesen Betrag auch vom Jahr 1966 auf 1967 weiterziehen kann, aber zeitlich gesehen tritt ein arges Versäumnis ein, weil diese Verlegung in diesem Jahr nicht erfolgt ist.

Wenn in der Vorlage unter anderem ausgeführt wird, daß sich der Bauaufwand im Jahre 1967 von 15,5 Millionen Schilling durch die Vorfinanzierung der Mehrkosten für ILS-Instrumente um 600.000 Schilling erhöht, so stellt sich die Frage, welche Arbeiten diesbezüglich von der Flughafen-Betriebsgesellschaft bzw. deren Geschäftsführung in Erwägung gezogen werden. Solange die Graspiste — ich habe das bereits ausgeführt — von Süden nach Norden nicht verlegt ist, kann mit der Installation der Sendeeinrichtungen nicht begonnen werden. Das ist bedauerlich, denn die Send- und Empfangsanlagen liegen seit drei Jahren in Kisten verpackt am Thalerhof in Graz, und wenn vor 14 Tagen die österreichische Sportpresse sich sehr, sehr darüber alteriert hat, daß eine Staatsligamannschaft nicht in Graz landen konnte und deshalb nach Wien ausweichen mußte und nach Kapfenberg zu spät gekommen ist, so sehen Sie, daß diese Einrichtungen in verschiedene Zweige hineinspielen. Seit etwa dem gleichen Zeitraum, also auch seit 1965, liegt aber auch die Aufforderung der Bundesstellen vor, die Grundstücke in der Gegend Kasten-Gradenfeld einzulösen, auf denen weitere Blindlandeeinrichtungen zu montieren sein werden. Auch das ist bisher leider nicht geschehen. Es ergibt sich also die Frage nach der Berichterstattung einer steirischen Zeitung, daß im Jahre 1967 bereits ILS-Landungen in Graz möglich sein werden, wie dies noch zustandegebracht werden könnte. Technisch bestehen diese Möglichkeiten unter Einhaltung des Bescheides der zuständigen Rechtsabteilung nicht mehr.

Warum führe ich auch die Bedeutung dieser Graspiste und der Sportfliegerei aus, meine Damen und Herren? Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis auf das Ausmaß der Flugbewegungen am Thalerhof in Graz, wobei ich vorausschicken darf, daß unter Flugbewegung sowohl ein Start als auch eine Landung eines Flugzeuges verstanden wird. Im Jahre 1965 wurden in Graz am Thalerhof insgesamt 58.912 Flugbewegungen registriert. Das geschieht sehr genau, weil ja Gebühren sowohl für Start als auch für Landung vorgeschrieben werden. Davon waren von den beiden Fliegerschulen allein 47.596 Flugbewegungen ausgeführt worden, das heißt 81 Prozent der ganzen Flugbewegungen haben unsere Fliegerschulen erbracht. Der Anteil des Charter- und Liniendienstes, von dem wir alle sehr hoffen, daß er sich im nächsten Jahre wesentlich erhöhen wird, beträgt 3,3 Prozent an diesen Flugbewegungen. Im Jahre 1966 bis 31. Oktober haben wir das gleiche Verhältnis. Wieder erbrach-

ten die Flugbewegungen aus den beiden Fliegerschulen 81 Prozent. Aber auch von der finanziellen Seite der Flughafen-Betriebsgesellschaft ist es nicht ganz ohne Belang, daß die Tätigkeit der Sportfliegerei am Thalerhof — Graz ist eine Hochburg der Sportfliegerei in Österreich — weiter möglich ist, denn grob geschätzt kommen die Einnahmen am Thalerhof zu 70 Prozent aus der Tätigkeit der Fliegerschulen. Es ist auch eine sehr bedeutende wirtschaftliche Frage, ob deren Betrieb weiterhin am Thalerhof möglich ist.

Es ergibt sich aber neben vielen anderen Fragen, etwa der vorzeitigen Errichtung eines Flugsicherungsturmes noch eine sehr wesentliche Frage für den Thalerhof. Alle Entwicklungen gehen also, das wissen Sie, meine Damen und Herren, nach den schnelleren Flugzeugen, vom Propeller-Flugzeug weg zum Düsen-Flugzeug. Wir wissen aus der Namensgebung der 5. Caravelle „Steiermark“, daß eine solche Caravelle in Graz gelandet ist, auch einen Rundflug gemacht hat, und dann wieder nach Wien weitergeflogen ist. Es soll nicht verheimlicht werden, daß eine solche Landung nur bei einer sehr geringen Belastung des Flugzeuges möglich ist, das heißt, die Maschine darf bei weitem nicht voll besetzt sein, weil sonst die Landebahn am Thalerhof in Graz zu kurz ist. Es ist auch unter allen Umständen notwendig, daß daran gedacht wird — und das finden wir in der Vorlage noch nicht, obwohl wir wissen, daß es in Zukunft erforderlich sein wird —, daß die Landebahn am Thalerhof von 2000 Meter, wie sie heute ist, auf mindestens 2500 Meter verlängert wird. Auch hier ergibt sich für die Fachleute heute schon die Diskussion, ob diese Verlängerung nach dem Süden oder nach dem Norden erfolgen soll. Eine Verlängerung nach dem Süden würde bedeuten, daß ein sehr beachtliches Siedlungsgebiet geräumt werden muß, sehr beachtliche Beträge für die Ablösung dieser Eigenheime, Grundstücke und anderer privater Rechte bezahlt werden müßten und mit viel, viel Ärger mit den Bewohnern zu rechnen ist, und bei der zweiten Variante der Verlängerung der Landebahn nach dem Norden ergibt sich für die Zukunft die Frage der Lösung des Problems der Kreuzung der Landebahn mit der geplanten Südautobahn südlich der Landeshauptstadt Graz. Das Problem ist nicht unlösbar, es bedeutet nur natürlich auch weitere finanzielle Kosten. Und wenn wir den Flugplatz Salzburg hier zum Vergleich heranziehen, hier besteht bereits eine solche niveauunterschiedliche Kreuzung zwischen Bundesstraße und Landebahn. Es müßte also die Autobahn unter der Landebahn, unter der Betonpiste durchgeführt werden. Auch das ist möglich, vielleicht sogar die bessere Lösung, die mit weniger Schwierigkeiten verbunden ist. Die Frage, welche Lösung wirtschaftlich günstiger ist, kann heute kaum noch beantwortet werden, weil etwa Verhandlungen über Ablösen im Süden und deren Ergebnisse nicht vorliegen.

Meine Damen und Herren! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, zu dieser Vorlage einige dieser Bedenken und Bemerkungen anzufügen und darf feststellen, daß wir Sozialisten sehr gerne für diese Vorlage stimmen, daß wir aber wünschen werden,

daß ab dem nächsten Jahr weniger die optischen als die dem tatsächlichen Verkehr dienenden Einrichtungen den Vorrang erhalten, denn jedes verlorene Jahr, in dem nicht neue Linien oder größere Flugzeuge die Möglichkeit haben, Graz anzufliegen, orientieren sich die Luftverkehrsgesellschaften neu, und es soll auch nicht übersehen werden daß neben dem Flughafen in Klagenfurt im Süden weitere Flugplätze entweder neu gebaut oder umgebaut werden; denken Sie an Laibach, denken Sie an den Flugplatz bei Triest, alle diese Flugplätze werden besser umgebaut mit dem Ziel, den Süd- und Südostverkehr aus dem Norden Europas aufzunehmen, eine Überlegung, die ja natürlich auch dem verstärkten Ausbau des Flughafens Thalerhof zugrunde liegen muß. Es wird also weiterer Aufwendungen bedürfen, Graz für den Luftverkehr attraktiv zu machen, Graz der Welt anzuschließen. Und das ist, glaube ich, das gemeinsame Ziel sowohl des Bundes als auch des Landes und der Stadt Graz. In diesem Sinne stimmen die Sozialisten für diese Vorlage. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Zum Problem Grazer Flugplatz oder Flughafen sind einige Bemerkungen notwendig. Man könnte berechtigterweise über die Entwicklung dieses Flughafens Kritik ansetzen. Ich glaube nur, daß man aus dem Grund zurückhaltend sein soll, um nicht Fluggäste damit womöglich in Sorge zu versetzen und sie zurückzuhalten, am Grazer Flughafen aufzusteigen. Aber es scheint schon notwendig zu sein, wenn das Land immerhin einen Betrag von 11,350.000 Schilling dieser Betriebsgesellschaft zur Verfügung stellt als Viertelteilhaber der Gesellschaft, daß man einige kritische Bemerkungen dazu macht. Wir geben das Geld hin als Gesellschafter. Die Geschäftsführung bzw. der Aufsichtsrat haben die notwendigen baulichen Vorsorgen und Einrichtungen zu beschließen und letzten Endes auch bauen zu lassen. Mir scheint, daß man sowohl im Aufsichtsrat als auch in der Geschäftsführung sehr großzügig denkt. Es ist dagegen nichts zu sagen, wenn man die großzügige Entwicklung des Luftverkehrs der letzten zehn Jahre als Vergleich heranziehen will. Sicher muß man großzügig denken. Ich glaube, daß man hier nicht mit der notwendigen gewissenhaften Überlegung großzügig denkt. Wenn Sie einige Weltflughäfen anfliegen, dann werden Sie in den meisten feststellen können, man hat Abfertigungsgebäude die nicht mehr sind als Baracken, Baracken aneinandergereiht, aber bei der Landung und noch mehr beim Start merkt man, daß die Pisten lang genug sind. Sie sind ausgezeichnet, die Landebahn ist entsprechend lange ausgelegt; 3 km womöglich. Ebenso sind die Blindflugeinrichtungen oder überhaupt die Flugsicherungseinrichtungen in Ordnung. Bei uns geht man den umgekehrten Weg. Man baut ein großartiges Abfertigungsgebäude mit der Behauptung, Chartergesellschaften haben erklärt, sie könnten in Graz nicht landen, weil nicht einmal die sanitären Anlagen zur Verfügung stehen, daher müsse man also ein sehr kostspieliges Abfertigungsgebäude bauen, Hallen, Restaurants und was halt alles dazu gehört. Sicher,

in zehn Jahren werden wir vielleicht froh sein — wenn wir den Flugverkehr auch nahezu soweit bei uns haben werden, wie das in anderen Ländern der Fall ist —, daß gebaut wurde, aber zur Zeit gibt es immer und immer wieder Schwierigkeiten mit der Landung und vor allem — das hat ja mein Vorredner auch ausgeführt — mit der Länge der Piste. Und hier müßte man wirklich sagen, zäumen wir doch das Pferd nicht von hinten auf, sondern machen wir es so, wie es vielfältig aus der Erfahrung bekannt ist, sorgen wir dafür, daß alle jene Einrichtungen so rasch als möglich gebaut werden, die der Flugsicherung bzw. der Länge der Landebahn dienen. Es ist sicher, daß noch etwas und zwar sehr rasch geschehen muß, nämlich die Klärung, in welche Richtung, Süden oder Norden, die Landebahn verlängert werden soll. Wir müssen diese Dinge sehr realistisch betrachten. Es würde also — glaube ich — in den Kreis der Utopie gehören, wenn wir glauben, wie ich das mehrmals gehört habe, die Autobahn wird sich schon darnach richten wie wir den Flughafen auszubauen gedenken. Das ist ein völliger Irrtum. Die Autobahnplanung ist total abgeschlossen, es werden bereits laufend die Ablöseverhandlungen geführt und wenn die Autobahn in irgend einer Weise die Piste berührt oder umgekehrt, so geht das natürlich auf Kosten der Flughafen-Betriebsgesellschaft und nicht auf Kosten der Autobahn bzw. der Bundesmittel für den Autobahnbau. Eine Klärung in der Richtung scheint mir außerordentlich vordringlich zu sein, weil man ja Kosten ersparen kann, wenn man jetzt in der Planung die richtige Zusammenschau findet.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß wir viel Freude haben, wenn die Grazer Flughafen-Betriebsgesellschaft baut, aber bitte, sie soll am rechten Ort bauen, sie soll sinnvoll bauen, denn dann ist die Sicherheit gegeben, daß die Fluggäste sich bald mehren werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Keine weiteren Wortmeldungen. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag möge beschließen: Die Erhöhung des Gesamtkostenaufwandes für den Ausbau des Flughafens Graz-Thalerhof auf voraussichtlich 58,2 Millionen Schilling zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kostenanteil des Landes in der Höhe von 11,35 Millionen Schilling und dessen Flüssigstellung bis Ende 1968 wird unter der Bedingung genehmigt, daß die Republik Österreich ihren halben Anteil in der Höhe von 22,7 Millionen Schilling ebenfalls bis Ende 1968 flüssigstellt.

Präsident: Wer mit dem Antrag einverstanden ist, wolle eine Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 257, über die Zuerkennung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an die Waisen nach Kanzleioffizial Ingeborg Heiling.

Berichterstatter ist Abg. Siegmund Burger. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten.

Abg. Burger: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage 257 behandelt die Zuerkennung von außerordentlichen Versorgungsgenüssen an die Waisenkinder nach Kanzleioffizial Ingeborg Heiling.

Frau Ingeborg Heiling ist am 6. Juli 1942 in den Landesdienst eingetreten und mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zum Land übernommen worden.

Bei der Geburt ihres jüngsten Kindes ist Frau Ingeborg Heiling verstorben. Durch die große Belastung durch den Tod der Gattin am 18. Oktober 1964 hat Herr Heiling es unterlassen, um die Anrechnung der Vordienstzeiten anzusuchen, obwohl nach dem Pensionsgesetz 1965 Anspruch auf die Waisenversorgungsbezüge demnach bestanden hätte. Es kann daher dem Antrag des hinterbliebenen Ehegatten vom 16. Juni 1966 nicht stattgegeben werden.

Da jedoch die Waisen, es sind derer sieben, das letzte achte Kind wurde adoptiert, nicht zu Schaden kommen sollen, erscheint es gerechtfertigt, den Waisen außerordentliche Versorgungsgenüsse im Ausmaß von 75 Prozent der normalmäßigen Waisenversorgungsgenüsse mit Wirkung ab 1. Juli 1966 zuzuerkennen. Es würde pro Kind monatlich 119,60 Schilling zur Auszahlung gelangen, das heißt, sieben Kinder erhalten den Betrag von 837,20 Schilling.

Die Bedeckung ist unter Abschnitt 08, Post 053 gegeben. Zu bedenken wäre noch, Hohes Haus, daß der hinterbliebene Vater und Witwer Schwerkrriegsbeschädigter ist. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Den Waisen Günther, Kurt, Friedrich, Melanie, Renate, Ulrike und Herwig Heiling nach dem am 18. Oktober 1964 verstorbenen Kanzleioffizial der Steiermärkischen Landesregierung Ingeborg Heiling werden mit Wirkung ab 1. Juli 1966 auf die Dauer der Bedürftigkeit gegen jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum Eintritt der Versorgertheit nach den für den Anspruch auf Waisenversorgungsgenuß geltenden Bestimmungen, außerordentliche Versorgungsgenüsse in Höhe von 75 Prozent der normalmäßigen Waisenversorgungsgenüsse von 7 Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage des Gehaltes der 1. Gehaltsstufe der Dienstklasse III in der Verwendungsgruppe D zuerkannt.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich übergebe den Vorsitz dem Herrn Präsidenten-Stellvertreter Afritsch.

9. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 33, zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dipl.-Ing. Schaffer, Pabst und Dr. Pittermann, betreffend Unwetter- und Hochwasserschäden.

Zweiter Präsident Afritsch: Berichterstatter ist Abg. Alois Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alois Lafer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 30. Juni 1965 wurde der Antrag der Abgeordneten Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Pabst und Dr. Pittermann, Einl.-Zahl 33, betreffend Unwetter- und Hochwasserschäden, gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Landesregierung zugewiesen.

Die Steiermärkische Landesregierung erstattet hiezu folgenden Bericht: Die erforderlichen Schadenserhebungen nach den Unwetterschäden im Frühjahr 1965 wurden in allen in Betracht kommenden Bezirken und Gemeinden unverzüglich eingeleitet. Es wurden Kommissionen gebildet, bestehend aus dem jeweiligen Bürgermeister, dem Gemeindebauernobmann, einem Vertreter der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft; bei gewerblichen und industriellen Schäden einem Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft sowie einem Vertreter der Bezirkshauptmannschaft. Schäden in der Landwirtschaft wurden nach den Richtlinien der Landeskammer geschätzt. Bei Gebäudeschäden war noch ein kurzes Gutachten des Baubezirksamtes einzuholen. Das Erhebungsergebnis wurde in die Privatschadensausweise eingetragen. Die Kommission hatte noch auf Grund des Privatschadensausweises festzustellen, ob Existenzgefährdung vorliegt oder nicht. Im 1. Operat wurde ein Beihilfenbetrag von 20 Millionen Schilling zur Auszahlung gebracht. Die Beihilfenhöhe wurde im 1. Operat in Anwesenheit des zuständigen Regierungsmitgliedes, des jeweiligen Bezirkshauptmannes und Bezirkskammerobmannes festgelegt. Die Festsetzung der Beihilfen für die Schadensfälle des 2. Operates, also Schäden nach dem 31. Juli 1965, lag in den Händen einer von der Bezirksverwaltungsbehörde gebildeten Kommission. Diese stand unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmannes oder seines Vertreters. Ihr gehörten an: die Bürgermeister, der Gemeindebauernobmann, je ein Vertreter der Kammern und ein Vertreter des Finanzamtes. Im 2. Operat gelangten 40 Millionen Schilling zur Auszahlung. Die Beihilfen betragen ungefähr 15 bis 40 Prozent der jeweiligen Schadenssumme. Es ist anzunehmen, daß alle Schäden ordnungsgemäß gemeldet wurden, da die Geschädigten von den Gemeinden zur Anmeldung ihrer Schäden aufgefordert wurden. Soin konnte diese Aktion mit 16. März 1966 als abgeschlossen gelten.

In zwei Schreiben, und zwar vom 3. Mai und vom 15. Juni 1965, wurden dem Herrn Bundeskanzler die durch das Hochwasser entstandenen Schäden ausführlich geschildert und dieser gebeten, für entsprechende Bundeszuschüsse besorgt zu sein. Am 12. Juli 1965 wurde ein weiteres Schreiben an das Bundesministerium für Finanzen gerichtet und darin gebeten, die entsprechenden Bundesmittel zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wurde für die Hochwasserkatastrophen 1965 ein Gesamtbetrag von 53,395.970 Schilling zur Auszahlung gebracht. Die Bedeckung dieses Betrages:

Voranschlag 1965	3,000.000 Schilling,
Nachtragskredite	13,000.000 Schilling,
Rückersatz des Bundes	30,000.000 Schilling,
Spenden vom Bund	2,780.000 Schilling und
Spenden vom Land	7,750.835 Schilling;
sohin eine Gesamtsumme von 56,530.835 Schilling.	

Der Differenzbetrag von 3,134.864 Schilling wurde der Rücklage zugeführt. Die Gesamtleistung des Bundes für Hochwasserschäden 1965 betrug 30 Millionen Schilling und als Bundesbeitrag aus Spenden weitere 7,3 Millionen Schilling. Hiezu muß bemerkt werden, daß der größte Betrag an Spenden des Bundes erst im Jahre 1966 zur Auszahlung gelangte. Besondere Erwähnung verdient die Spendenfreudigkeit der steirischen Bevölkerung. Hier wurde ein Betrag von 7,750.835 Schilling zur Einzahlung gebracht. Hiefür gilt der steirischen Bevölkerung der besondere Dank.

Hinsichtlich der Reaktivierung des Hochwasserschadensfonds gab das Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 17. Feber 1966 bekannt, daß die im Hochwasserschäden-Fondsgesetz vorgesehenen Mittel 1963 nicht mehr aufgestockt wurden, weil sich die Konstruktion eines Fonds für diese Zwecke nicht bewährt habe. Ein Fonds sei nach den beim Hochwasserschädenfonds gemachten Erfahrungen nur dann zweckmäßig, wenn er über eigene Einnahmen verfüge; der Hochwasserschadensfonds habe aber im wesentlichen nur über den Erlös von Anleihen verfügt, die er mit Bundeshaftung aufnehmen konnte. Fonds, die praktisch allein aus den Erlösen von Anleihen gespeist werden, deren Tilgung und Verzinsung mangels eigener Einnahmen doch wieder nur den Bund belasten, seien daher schon aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung grundsätzlich abzulehnen. Auch das Ministerkomitee für Hochwasserschädenbehebung habe deshalb in seinen Sitzungen vom 28. Mai und 21. Juli 1965 eine Reaktivierung des Fonds nicht mehr in Erwägung gezogen.

Namens des Landes-Kultur-Ausschusses und zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. September 1966 wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Lafer, Dipl.-Ing. Schaller, Pabst und Dr. Pittermann, betreffend Unwetter- und Hochwasserschäden, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht). Der Antrag ist angenommen.

10. Bericht des Landeskultur-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 166, zum Antrag der Abgeordneten Papst, Karl Lackner, Lafer und Buchberger, betreffend Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche.

Berichterstatter ist Abg. Johann Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Johann Pabst: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Die Regierungsvorlage zum Antrag der Abgeordneten Pabst, Karl Lackner, Lafer und Buchberger, betrifft Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche. Wie bekannt, hat im vergangenen Jahr im Dezember und im Jänner dieses Jahres an den Grenzen unseres Landes die Maul- und Klauenseuche in Burgenland und Niederösterreich gehaust. Es wurde zur Bekämpfung dieser Maul- und Klauenseuche entlang der Landesgrenze ein 10 km tiefer Schutzgürtel — Impfgürtel — angelegt, womit verhindert wurde, daß die Maul- und Klauenseuche auch in unserem Land verstärkt aufgetreten ist. Bis auf einen Fall im Bezirk Mürzzuschlag konnte ein Auftreten dieser Seuche ganz verhindert werden.

In der Zeit bis zum 31. Jänner haben in 2210 Beständen Impfungen stattgefunden und es wurden 17.658 Rinder, 639 Schafe und 401 Ziegen geimpft. Nach Auftreten der Seuche in Oberösterreich bestand insbesondere für das Einzugsgebiet des Ennstales akute Seuchengefahr, weshalb die dortige Molkerei in Privatinitiative rund 39.000 Rinder und 15.000 Schafe gegen Maul- und Klauenseuche schutzgeimpft hat. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat hierzu die benötigte Impfmenge von rund 400 Liter zur Verfügung gestellt. Jedenfalls konnte durch diese Impfungen die Gefahr abgewandt werden. Der eine Fall im Mürzzuschlag Gebiet konnte entsprechend den Richtlinien, weil die Rinder in diesem Betrieb gekeult werden mußten, entschädigt werden.

Dieser Antrag wurde im Kultur-Ausschuß behandelt und ich darf namens dieses Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten, Pabst, Lafer, Lackner und Buchberger zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Dr. Kaan: Wortmeldung liegt keine vor. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschicht). Der Antrag ist angenommen.

11. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 219, zum Beschluß Nr. 75 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1965 über den Ausbau von Landesberufsschulen.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Hans Georg Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung vom 16. Dezember 1965 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Verdoppelung der Lehrlingszahlen seit 1952 erfordert einen raschen Ausbau der Landesberufsschulen. Hunderttausend Lehrlinge sollen in den nächsten 10 Jahren ausgebildet werden, weshalb ein rascher Ausbau der Landesberufsschulen erforderlich ist.

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten zu prüfen, um den Ausbau der restlichen Landesberufsschulen zu beschleunigen bzw. nötigenfalls im Darlehenswege die notwendigen Mittel hiezu bereitzustellen.“

Zu diesem Beschluß legt die Landesregierung nunmehr einen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß neben der Landesberufsschule in Fürstenfeld für Tischler mit Beschluß vom 2. Mai 1966 der Bau dreier weiterer Landesberufsschulen in Hartberg, Radkersburg und Voitsberg beschlossen wurde. Die Landesberufsschulen in Hartberg und Voitsberg beinhalten im wesentlichen die Lebens- und Genußmittelhandelslehrlinge aus dem Gemischtwarenhandel mit Ausnahme der männlichen Lehrlinge des Lebens- und Genußmittelhandels, die in Radkersburg untergebracht werden, und der Lehrlinge von Graz und Graz-Umgebung; weiters sind in der Berufsschule Radkersburg noch untergebracht die Lehrlinge aus den Lehrberufen „Elektrowaren und Radio“, „Bücher, Papier und Musik“, „Maschinen, Werkzeuge“, „Fahrzeuge“, „Landesprodukte“ sowie „Textilwaren und Bekleidung“, „Schuhe“, „Eisenwaren und Haushaltsgeräte“. Diese teilweise für das ganze Land Steiermark mit Ausnahme der Bezirke Graz und Graz-Umgebung; es geht aus dem Bericht weiter hervor, daß neben den bereits bestehenden 6 Berufsschulen die Zahl nun auf insgesamt 10 gebracht wird, womit also in Kürze dann eine beträchtliche Anzahl von Landesberufsschulen zur Verfügung stehen wird.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt auf Grund ihres Beschlusses vom 13. Juni 1966 den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 75 des Steiermärkischen Landtages vom 16. Dezember 1965 über den Ausbau von Landesberufsschulen wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Nachdem ich mit Punkt 11.) der Tagesordnung wieder den Vorsitz übernommen habe, bitte ich jetzt die Abgeordneten, die zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort bitten, um ein Händezichen, wenn das nicht der Fall ist, bitte ich um ein Zustimmungszichen mit der Hand, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschicht). Der Antrag ist angenommen.

12. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 169, zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pölzl, Dipl.-Ing. Schaller und Koller, betreffend die Errichtung eines Bundesrealgymnasiums im Bereiche der Elin-Stadt Weiz. Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Die gegenständliche Vorlage behandelt den Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pölzl, Schaller und Koller, auf Errichtung eines Bundesrealgymnasiums in Weiz. Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 29. März 1966 beschlossen, diesen Antrag der Bundesregierung nicht vorzulegen, da bereits auf Grund früherer Landtagsbeschlüsse entsprechende Anträge beim Bundesministerium für Unterricht

gestellt wurden. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat in einer Fragebeantwortung festgestellt, daß die grundsätzliche Bereitschaft des Unterrichtsministeriums zur Einrichtung dislozierter Klassen in Weiz bestehe, wenn entsprechende Schülerzahlen vorhanden seien und entsprechende Voraussetzungen gegeben sind. Ein derartiger Antrag wurde am 27. Mai 1966 vom Landesschulrat eingebracht und es wurde vorgeschlagen, 3 Klassen, zwei erste und eine zweite Klasse von Gleisdorf nach Weiz zu verlegen. Eine Besprechung hat am 10. Juni in Weiz stattgefunden, bei der von Seiten des Bundesministeriums für Unterricht, Finanzen, Bauten und Technik Vertreter anwesend waren, ebenso vom Landesschulrat. Bei dieser Besprechung wurde die Notwendigkeit der Einrichtung solcher Klassen festgestellt, es wurde auch festgestellt, daß die räumlichen Voraussetzungen in Weiz gegeben seien; eine entsprechende Verpflichtungserklärung der Stadtgemeinde Weiz zur Tragung der Sachkosten war ebenfalls vorliegend.

In der Zwischenzeit konnte der Unterricht mit 3 Klassen bereits aufgenommen werden.

Der Volksbildungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 30. November mit dieser Vorlage befaßt und ich stelle namens des Volksbildungs-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Buchberger, Pölzl, Dipl.-Ing. Schaller und Koller, betreffend die Errichtung eines Bundesrealgymnasiums im Bereiche der Elin-Stadt Weiz, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Mangels Wortmeldungen schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschicht). Der Antrag ist auch angenommen.

13. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 46, zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Gross, Lendl und Genossen über die Abänderung der Aufnahmebestimmungen für die Schülerheime des Landes Steiermark.

Berichterstatter ist Abg. Gerhard Heidinger. Ich erteile ihm das Wort

Abg. Heidinger: Hohes Haus! Die Vorlage, Einlagezahl 46 beinhaltet einen Antrag der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Gross und Genossen, betreffend die Abänderung der Aufnahmebestimmungen in die Landesschülerheime, im besonderen die Wiedereinführung der einmonatigen Kündigungsfrist.

Hiezu erstattet die Landesregierung folgenden Bericht:

Das Land Steiermark wendet alljährlich etwa 5 Millionen Schilling zur Abdeckung des Defizites der Landesschülerheime auf. Das Leerstehen von Heimplätzen soll verhindert werden. Die derzeitigen Aufnahmebestimmungen beruhen auf lang-

jähriger Erfahrung. Der Aufnahmevertrag gilt für die Dauer des Schuljahres. Die Auflösung kann erfolgen: von Amts wegen:

wegen Heimuntauglichkeit des Schülers, wegen schlechten Lernerfolges des Schülers,

durch Antrag der Eltern: wenn der Schüler den Schulort wechselt, bei Austritt aus der Schule wegen Aufgebens des Studiums. Im Schuljahr 1964/65 haben 39 von 820 Heimschülern das Heim verlassen und der Vertrag wurde aufgelöst. In 4 Fällen wurde der Kündigung des Vertrages nicht stattgegeben. Pflichtgemäß mußte auf voller Bezahlung der Heimgebühren bestanden werden. Die Verpflegskosten wurden rückvergütet.

Die Einführung einer einmonatigen Kündigungsfrist würde dem Lande Steiermark nicht nur finanziellen Nachteil bringen, sondern auch die Erziehungsarbeiten im Heim gefährden. Es kann daher bei sorgfältiger Erwägung aller Umstände dem gegenständlichen Antrag keine Zustimmung erteilt werden.

Es wird daher gemäß Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 26. September 1966 der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Heidinger, Klobasa, Gross, Lendl und Genossen über die Abänderung der Aufnahmebestimmungen für die Schülerheime des Landes Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses darf ich aber folgende einmütige Willensäußerung anfügen. Der Kündigung des Heimvertrages soll nicht nur bei Austritt, sondern auch bei Beendigung des Studiums stattgegeben werden.

Ich bitte, im Namen des Volksbildungs-Ausschusses, um Annahme meines Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wortmeldungen liegen nicht vor, ich bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschicht). Der Antrag ist angenommen.

14. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahlen 111 und zu 143, zu den Anträgen der Abgeordneten Zagler, Dr. Klauser, Ileschitz, Zinkannell und Genossen und der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Wuganigg, Meisl und Genossen, betreffend die Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Weststeiermark bzw. von Betriebsgründungen in der Oststeiermark.

Berichterstatter ist Abg. Franz Ileschitz. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abg. Ileschitz das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus! Die Vorlage mit der Einl. Zahl 111 und 143 beinhaltet die Anträge der Abgeordneten Zagler, Dr. Klauser, Ileschitz, Zinkannell und der Abgeordneten Klobasa, Heidinger,

Wuganigg, Meisl und Genossen über die Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Weststeiermark bzw. von Betriebsgründungen in der Oststeiermark.

Hiezu erstattet die Landesregierung folgenden Bericht:

Das Problem der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Steiermark muß unter dem Gesichtspunkt eines strukturpolitischen Gesamtkonzeptes für das ganze Land gesehen werden, wobei die lokalen Interessen zurückzutreten haben. Außerdem sind dabei die Probleme der Landwirtschaft, des Gewerbes und des Fremdenverkehrs im Gebiete der Staatsgrenze zu berücksichtigen. Die Erarbeitung und Aufstellung eines detaillierten Gesamtplanes, der sowohl auf die Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik als auch auf die industriepolitischen Aspekte der Raumordnung und die Marktverhältnisse eingehen soll, ist in Vorbereitung. Die schon vor Monaten begonnenen Untersuchungen und Beratungen über die zweckmäßige Gestaltung dieser umfangreichen, schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit, die außerdem einer Abstimmung mit dem ebenfalls erst in Ausarbeitung befindlichen wirtschafts- und strukturpolitischen Konzept der Bundesregierung bedarf, sind noch nicht abgeschlossen. Die Landesregierung ist mittlerweile bestrebt, wirtschaftswachstumsfördernde Einzelmaßnahmen voranzutreiben, wobei kein Gebiet vernachlässigt werden soll.

Es kann aber geschehen, daß in gewissen Landschaftsgebieten der Steiermark besonders akute Probleme entstehen. Das trifft insbesondere für die Gebiete des steirischen Kohlenbergbaues zu. Die Landesregierung hat daher am 25. Juli d. J. beschlossen, eine Studienkommission ins Leben zu rufen, die die Aufgabe hat, die durch die Lage im Kohlenbergbau entstandenen regionalen Strukturprobleme zu untersuchen und dann dem Ministerkomitee für die Erstellung eines gesamtösterreichischen Energieplanes sowie der Landesregierung unter besonderer Berücksichtigung des Problems der defizitären Kohlenbergbaubetriebe Entscheidungsunterlagen zu liefern. Diese Studienkommission ist bereits mehrfach zusammengetreten und hat sich dabei erarbeitet, daß der Kohle als nationale Energiereserve für Krisenzeiten und wegen ihrer wehrwirtschaftlichen Bedeutung ein entsprechender Platz im Energieplan zugewiesen werden muß. Das Vordringlichste aber ist die Errichtung von Ersatzbetrieben in den betreffenden Gebieten, um Arbeitslosigkeit und Not unter den Bergarbeitern zu verhindern.

Es sind Ersatzbetriebe zu schaffen, bevor an die Schließung von Kohlenbergbaubetrieben überhaupt gedacht werden kann. Hinsichtlich der Ansiedlung von Industriebetrieben herrschen größte Schwierigkeiten, da die Steiermark geographisch gesehen sehr ungünstig liegt, um Industrieneugründungen vor allem in den Bergbaubetrieben herbeizuführen. Es sind verschiedene Untersuchungen notwendig. Es muß dabei nicht nur von Landesseite, sondern von allen öffentlichen Stellen versucht werden, die An-

siedlung von Industriebetrieben in irgendeiner Form schmackhaft zu machen. Das geht nicht ohne entsprechende finanzielle Zugeständnisse, wie z. B. aufgeschlossene Gründe für die Industrie Gründungen und dergleichen mehr. Es sind also Bemühungen im Gange sowohl im In- als auch im Ausland, Unternehmungen zu gewinnen, sich in der Steiermark anzusiedeln. Einige positive Verhandlungen werden geführt. Man hofft, daß es möglich sein wird, in absehbarer Zeit ernsthafte Bewerber in diese Gebiete bringen zu können. Darüber hinaus hat sich das Land in den letzten Jahren bemüht, zu Industrieneugründungen in verschiedenen Landesteilen zu kommen und es kann berichtet werden, daß in den letzten drei Jahren bereits 22 Betriebe mit über 20 Beschäftigten sich neu in solchen Gebieten angesiedelt haben und damit 1060 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. Die Landesregierung ist sich der Wichtigkeit und Vordringlichkeit des Problems der Stärkung der Wirtschaftskraft bewußt und stellt daher auf Grund ihres Beschlusses vom 17. Oktober 1966 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zu den Anträgen der Abgeordneten Zagler, Dr. Klausner, Ileschitz, Zinkanell und der Abgeordneten Klobasa, Heidinger, Wuganigg, Meisl und Genossen über die Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben in der Weststeiermark und von Betriebsgründungen in der Oststeiermark wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Bericht gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händedezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

15. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 258, über den Ausbau des Bahnhofes Leoben.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Willibald Schön: Hohes Haus! Diese Vorlage ist ein Bericht der Landesregierung. Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 1965 beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, bei der Bundesregierung dahingehend einzuschreiten, daß der Bahnhof Leoben ehestens in einer den heutigen Erfordernissen entsprechenden Weise ausgebaut wird. Durch die Landesamtsdirektion wurden die erforderlichen Erhebungen über die Bezirkshauptmannschaft Leoben in die Wege geleitet. Nach Vorliegen des Erhebungsergebnisses wurde zufolge Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 6. Juni 1966 ein eingehend begründetes Schreiben an das Bundeskanzleramt gerichtet. Mit Erlaß vom 30. September 1966 hat das Bundeskanzleramt nunmehr folgendes mitgeteilt:

„Die Ausbauarbeiten für den Bahnhof Leoben-Hauptbahnhof haben im Jahre 1963 mit einer Neuanlage des Gleiskörpers begonnen. Dabei wurde auch die Anlage von Zwischenbahnsteigen mit schienenfreiem Zugang vorgesehen. Die Herstel-

lung dieser Zwischenbahnsteige und des Fußgängertunnels konnte ebenso wie der Neubau des Aufnahmegebäudes aus finanziellen Gründen bisher nicht in Angriff genommen werden.

Die Planungsarbeiten für diese Herstellungen und für das neu zu errichtende Bahnhofpostamt Leoben sind bereits seit Jahresende 1965 abgeschlossen, wobei auch die Erfordernisse der Stadtgemeinde Leoben berücksichtigt sind. Um auch der Anregung der Steiermärkischen Landesregierung zu entsprechen, wird der Schülerwarterraum im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten auf 80 m² vergrößert.

Von der Einleitung des eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahrens wurde in der Folge abgesehen, da zunächst eine gesicherte, langfristige und mit der Postverwaltung abgestimmte Finanzierung des Bauvorhabens wegen dringenderer Bauvorhaben sowohl der Österreichischen Bundesbahnen als auch der Postverwaltung nicht möglich ist.

Die voraussichtlichen Herstellungskosten des Aufnahmegebäudes samt Bahnsteigen, Unterführungen und Bahnhofsvorplatz sind derzeit mit ca. 60 Millionen Schilling geschätzt.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 96 vom 16. Dezember 1965 über den Ausbau des Bahnhofes Leoben wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

16. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anzeige, Einl.-Zahl 217, des Abg. Anton Zagler gemäß § 22 der Landesverfassung.

Berichterstatter ist Abg. Gerhard Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerhard Heidinger: Hohes Haus! Der Abgeordnete Anton Zagler hat dem Präsidium des Steiermärkischen Landtages mitgeteilt, daß er in den Aufsichtsrat der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft entsandt wurde. Hiezu ergeht folgender Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Steiermärkische Landtag genehmigt die Bestätigung des Herrn Landtagsabgeordneten Anton Zagler als Aufsichtsrat der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft in Graz.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer ihm zustimmt, möge ein Händenzeichen geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

17. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232, betreffend zeitgerechte Fertigstellung der Stenographischen Berichte.

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Johann Fellingner: Hohes Haus! Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. Jänner 1966 zum Antrag der Abgeordneten Sebastian, Schlager, Brandl, Hoffbauer und Genossen wurde vom Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis genommen. In der Sitzung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses vom 22. März 1966 wurde jedoch der Wunsch ausgesprochen, es möge festgestellt werden, auf welche Weise und in welcher Zeit in anderen Bundesländern die stenographischen Berichte erstellt werden. Weiters sollte versucht werden, eine kleinere Grazer Druckerei ausfindig zu machen, die bereit ist, den Druck der stenographischen Berichte zu übernehmen. Im Sinne dieses Auftrages wurden entsprechende Anfragen an die Ämter der Landesregierungen der Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg gerichtet. Aus den Antworten ist zu ersehen, daß der Landtagsstenographendienst in diesen vier Bundesländern so ähnlich organisiert ist wie bei uns in der Steiermark. Für die Protokolle der Budgetsitzungen sind 4 bis 8 Wochen notwendig, um die Stenogramme in Maschinschrift zu übertragen. Bei der letzten Budgetsitzung wurden nur fünf Wochen nach der Landtagssitzung für die Übertragung in Maschinschrift benötigt. Eine weitere Beschleunigung ist daher nicht möglich. Es wurden auch Angebote anderer Grazer Druckereien eingeholt und das beste Angebot legte die Firma Dorrong, Buch- und Offsetdruck, Graz, Kärntnerstraße 96. Diese Firma verpflichtet sich, das jährliche Budgetprotokoll in längstens sechs Wochen fertigzustellen. Die Steiermärkische Landesregierung hat die Drucklegung der stenographischen Berichte daher an diese Firma vergeben. Es erscheint damit sichergestellt, daß die stenographischen Berichte über die Sitzungen des Steiermärkischen Landtages in Zukunft wesentlich rascher fertiggestellt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 27. Juni 1966 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend zeitgerechte Fertigstellung der stenographischen Berichte wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldung liegt keine vor. Ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

18. Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 41, zum Antrag der Abgeordneten Schlager, Fellingner, Dr. Klauser, Brandl und Genossen, be-

treffend die Koordinierung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Landes und des Bundes.

Berichterstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fellingner: Hohes Haus! Hiezu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Die Landesamtsdirektion hat geprüft, inwieweit die Koordinierung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Bundes und des Landes in der Steiermark erfolgen könne. Die Bezirkshauptleute und die Leiter der politischen Expositionen wurden angewiesen, in Verhandlungen mit den in den Bezirksstädten vorhandenen Behörden- und Dienststellenleitern gemeinsame Amtstage festzulegen. Darüber hinaus wurden alle maßgebenden Bundesdienststellen in Graz und auch die Magistratsdirektion der Landeshauptstadt Graz um Stellungnahme ersucht, ob in ihrem Geschäftsbereich die allgemeinen Sprechstage für Dienstag und Freitag, so wie bei den Dienststellen der Steiermärkischen Landesregierung in Graz, festgesetzt werden könnten.

Aus den eingelangten Berichten ergab sich, daß die angeregte Vereinheitlichung der Amtstage, soweit diese in den Bezirksstädten nicht überhaupt schon verwirklicht war, durch Verhandlungen insofern erreicht werden konnte, daß zumindest an einem Tag in der Woche alle Behörden und Dienststellen in den Bezirksstädten einen allgemeinen Parteienverkehr eingerichtet haben. Zu Unterschieden kommt es meist nur dadurch, weil verschiedene Behörden und Dienststellen einen täglichen Parteienverkehr abhalten.

Daraus ergibt sich, daß die Vereinheitlichung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Landes und des Bundes, soweit diese bei den Besonderheiten der einzelnen Ressortzweige überhaupt möglich ist, durchgeführt werden konnte.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 11. Juli 1966 wird der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: „Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Schlager, Fellingner, Dr. Klauser, Brandl und Genossen, betreffend die Koordinierung der Amtstage und Sprechstunden der Behörden und Ämter des Bundes und des Landes, wird zur Kenntnis genommen.“

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels Wortmeldungen bitte ich um ein Händenzeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Dieser Antrag ist auch angenommen.

19. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 251, über die Erhebung der im politischen Bezirk Graz-Umgebung gelegenen Gemeinde Hitzendorf zum Markt.

Berichterstatter ist Abg. Franz Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag! Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 12. September 1966 beschlossen, die Gemeinde Hitzendorf zum Markt zu erheben.

Der Gemeinderat der Gemeinde Hitzendorf hat in seiner Sitzung am 5. November 1965 einstimmig beschlossen, an die Steiermärkische Landesregierung wegen Erhebung der Ortsgemeinde Hitzendorf zum Markt heranzutreten.

Begründet wird dieser Antrag mit der geschichtlichen Vergangenheit, der bedeutenden wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Stellung und den Aufbauleistungen der Gemeinde während der letzten 20 Jahre.

Das Gemeindegebiet von Hitzendorf gehört zu den verhältnismäßig alten Siedlungsböden der Steiermark. In den Urkunden begegnet man dem Namen Hitzendorf erstmals um das Jahr 1180. Die wirtschaftlichen und handwerklichen Vorzüge des Marktes Hitzendorf im Liebochtal sind ebenfalls bekannt. Die Pfarre wurde erstmals 1453 bezeugt. Die Schule besteht seit dem Jahre 1701.

Die Gemeinde hat zwar derzeit noch keine Wasserversorgungsanlage, sie ist aber dem Wasserverband Söding-Lieboch beigetreten, damit sie eine solche Anlage in nächster Zeit erhält. Der Ortskern der Gemeinde ist kanalisiert. Jedenfalls ist der Ortskern mit einer Straßenbeleuchtung versehen und seit 1954 staubfrei.

Das gesamte Gemeindegebiet von Hitzendorf ist mit elektrischem Strom versorgt. Die Gemeinde besitzt seit dem Jahre 1965/66 in der alten Volksschule eine Hauptschule. Das neue Hauptschulgebäude steht vor der Vollendung. Weiters hat die Gemeinde Hitzendorf das Recht, ein Gemeindepapier zu führen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Bereich der Ortsgemeinde Hitzendorf alle jene Anlagen und Einrichtungen vorhanden sind, welche die Voraussetzungen für die Erhebung zum Markt darstellen, so daß die Gemeinde Hitzendorf als „ansehnliche Gemeinde“ bezeichnet werden kann.

Die Vorlage wurde vom Gemeinde- und Verfassungs-Ausschuß am 30. November 1966 einstimmig zur Kenntnis genommen und ich stelle daher im Namen dieses Ausschusses und auf Grund des Regierungsbeschlusses vom 12. September 1966 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die im politischen Bezirk Graz-Umgebung gelegene Gemeinde Hitzendorf wird gemäß § 3, Abs. 1 der Gemeindeordnung 1959, LGBl. Nr. 41, in der derzeit geltenden Fassung, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1967 zum Markt erhoben.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bitte um ein Händenzeichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Dieser Antrag ist angenommen. Wir kommen zum 20. und letzten Punkt der Tagesordnung.

20. Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 252, über den Gnadenantrag des W. Amtrates Otto Simml um Erlassung einer Disziplinarstrafe.

Berichterstatter ist Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Hoher Landtag! Verehrte Damen und Herren! Die Disziplinarkommission beim Amte der Steiermärkischen Landesregierung hat mit Erkenntnis vom 10. September 1962 über den W. Amtrat Otto Simml eine Disziplinarstrafe verhängt. Inhalt dieser Disziplinarstrafe war Ausschluß bzw. Ausschließung von einer zweijährigen Vorrückung in höhere Bezüge. Der Grund zu dieser Disziplinarstrafe war ungehöriges Verhalten des Amtrates Simml an drei verschiedenen Zeitpunkten im Jahre 1962, wobei vor allen Dingen besonderes übermäßiges Schreien und in zwei Fällen die Verweigerung der Erfüllung dienstlicher Aufträge Anlaß zu dieser Strafe war.

Im Jahre 1965 hat die Steiermärkische Landesregierung beschlossen, anlässlich des 20jährigen Bestandes der Republik Österreich die Möglichkeit von einer Art Amnestie zu eröffnen. In Anlehnung an diesen Beschluß hat der W. Amtrat Simml das Ersuchen gestellt, von der ihm vor vier Jahren, oder jetzt schon mehr als vier Jahren zurückliegenden Disziplinarstrafe zu befreien. Zuständig für die Ausübung des Gnadenrechtes ist der Landtag. Auf Grund dieses Gnadenantrages hat nun eine Prüfung stattgefunden und es wurde festgestellt, daß schon damals angenommen werden konnte, daß durch die besondere Schwerhörigkeit des Amtrates Simml möglicherweise die dienstlichen Aufträge

nicht gehört oder nicht richtig gehört wurden und außerdem wurde damals festgestellt, daß er den sonst üblichen Hörapparat nicht getragen hat. Die Befragung der zuständigen Stellen hat ergeben, daß beim Genannten seit dem Jahre 1962 einwandfreies Verhalten vorliegt und ihm überdies zufolge der vollständigen Taubheit Reizbarkeit zugebilligt werden kann.

Zufolge dieser Tatsachen hat die Landesregierung am 12. September 1966 beschlossen, dem Landtag bzw. dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß den Antrag vorzulegen: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Dem Gnadenantrag des W. Amtrates Otto Simml um Erlassung der mit Erkenntnis der Disziplinarkommission beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung vom 10. September 1962, LAD-Disz. S 7/10-1962, über ihn verhängten Disziplinarstrafe der Ausschließung von der Vorrückung in höhere Bezüge auf die Dauer von zwei Jahren wird stattgegeben.

Ich stelle hiemit namens des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses das Ersuchen, dem Gnadenantrag stattzugeben und die Disziplinarstrafe der Ausschließung von der Vorrückung in höhere Bezüge auf die Dauer von zwei Jahren aufzuheben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezeichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Somit haben wir die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 13. dieses Monats stattfinden. Sie wird noch schriftlich einberufen werden. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 12.25 Uhr.